

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 23. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutsche Note über Oberschlesien.

Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine Note über die polnischen Ausschreitungen gegen Deutsche in Ostrowo übergeben...

In der Note wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den schweren Ausschreitungen, die am 2. Juni stattfanden, die polnische Regierung nicht rechtzeitig für den Schutz der Betroffenen Sorge zu tun hatte...

„Dagegen sind,“ so heißt es in der Note weiter, „innerhalb zweier Jahre infolge der immer schwieriger sich gestaltenden Lebensbedingungen für die nichtpolnische Minderheit Tausende von Gewerbetreibenden, Handwerkern und Arbeitern zur Aufgabe ihrer Berufstätigkeit und zur Abwanderung aus dem abgetretenen Gebiet gezwungen worden.“

Dieser Schutz, der den Minderheiten durch den Vertrag von Versailles garantiert wird, fehlt im abgetretenen Gebiet, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen.

Andem die deutsche Regierung die Vorgänge in Ostrowo zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, den Botschafterrat zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten gemäß dem Friedensvertrag zu lenken.

Ein Anhang zu der Note gibt einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge in Ostrowo. Wegen der inzwischen neu eingetretenen Vorkommnisse ähnlicher Art in anderen Orten des Abtretungsgebietes sind gleiche Vorstellungen in die Wege geleitet.

Aufbruch in Bromberg.

Bromberg, 22. Juni. (U.) Die Ausschreitungen gegen die Deutschen in Bromberg haben den Charakter einer bolschewistischen Bewegung angenommen. Am Sonntag waren verschiedene Aufmärsche der polnischen und deutschen Gewerkschaften erschienen. Letztere versprachen, sich sofort an die Gewerkschaften in Deutschland zu wenden, um die Wahrheit über die unzulässigen Gerüchte zu erfahren...

Nacht verlief dann ruhig. Am Dienstag war die Lage außerordentlich gespannt, da die Unruhestifter verbreiteten, daß sie sich die reichsten polnischen Bürger der Stadt zur Bestrafung für ihre Schiebereien während des Krieges holen wollten.

Hoefers Räumungsvorschlag.

Oppeln, 22. Juni. (WB.) Die in Oppeln und Oberglogau stattgefundenen Besprechungen zwischen dem Zwölferausschuß, General Hoefer und den nach Oberschlesien entsandten Vertretern der Regierungsparteien ergaben Uebereinstimmung in allen Punkten.

In der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, die gestern unter Poincarés Vorsitz tagte, erklärte Briand, in Oberschlesien näherte sich nach den jüngsten Verhandlungen, „was die Prozedur anbetrifft“, der englische Standpunkt dem französischen, dem auch Rom zuneige.

Die englische Reichskonferenz.

London, 22. Juni. (CP.) Die Dominion-Konferenz hielt gestern zwei Sitzungen ab. In der Vormittags-Sitzung sprachen die Vertreter Kanadas, Australiens, Neuseelands, Südafrikas und Indiens. Lord Curzon wohnte beiden Sitzungen bei.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft beriet man am Mittwoch eine Reihe auf die Erwerbslosenfürsorge bezügliche Anträge. Staatssekretär Hirsch (Reichswirtschaftsministerium) führte aus: Die Arbeitslosenzahl betrug im August 1920 400 000, im September 350 000, am 1. März 1921 429 000, am 1. April 416 000, am 1. Mai 400 000 und am 1. Juni 300 000.

ist eine gewisse Wiederbelebung festzustellen. Die Verhältnisse der Eisenindustrie werden erschwert durch die Konkurrenz des Auslandes. Der Baumarkt ist durch die erteilten Zuschüsse gefördert worden. Die Kohlenförderung zeigt bis Frühjahr einen erfreulichen Aufstieg. Rund 220 000 Arbeiter sind von Mitte 1919 bis Ende 1920 dem Bergmannsberuf neu beigetreten.

mit welchen man den größeren Teil der festen Jahreszahlung für Reparation abtragen zu können hofft. Ungünstig wirken die Belastungen des Ultimatums auf den inneren Arbeitsmarkt, z. B. die Annäherung des Kohlenpreises an den Weltmarktpreis und eine entsprechende Einstellung auch anderer Preisgebiete.

Husar Hölz.

Im Prozeß gegen Hölz fällt das Schwurgericht gestern nach einstündiger Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Hochverrats in Latenteit mit Totschlag, versuchten Totschlag, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz sowie zahlreicher übriger Straftaten zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe sowie zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Mag Hölz, dessen Prozeß gestern zu Ende ging, ist kein Kommunist, sofern man unter einem Kommunisten überhaupt noch einen Politiker verstehen will. Mag Hölz ist ein Husar, und seine Tragödie ist eine Soldatentragedie nach dem Weltkrieg.

Schiller, der als Behrmeister der Weltgeschichte immer mehr zu Ansehen kommt, hat uns in Wallenstein Lager das ungebundene Leben der Landsknechte im Dreißigjährigen Kriege geschildert, nachdem er zuerst als jugendlicher Stürmer und Dränger das Stück über Karl Moor geschrieben, der das Gesetz der Menschheit unter seine Füße gerollt hat.

Von den Massen der Volksgenossen, die den Weltkrieg mitkämpften, hat man manchmal gelagt, daß sie nur „Zivilisten in Uniform“ gewesen seien. Triffi das zu, dann ist Hölz im Gegensatz zu ihnen eine echte Soldatennatur, das heißt wohlgerast eine Soldatennatur der alten Zeit, in der das Kriegshandwerk für viele Lebenshandwerk war.

Ein kleiner Teil dieser Soldateska ist statt zur äußersten Rechten zur äußersten Linken abgewandert, ihr hervorragendster Repräsentant ist Mag Hölz. Er verdankt diese Rolle dem Umstand, daß die militärischen Führer alle nach rechts gegangen sind, so daß eine kaum mittlere Feldwebelbegabung wie die seine zur Erreichung des obersten Ranges ausreichte.

So konnte Hölz zum militärischen Führer aufsteigen, ähnlich wie die parlamentarischen Größen der SPD. Ihren Glanz nur dem um sie lagernden Dunkel verdanken. Minderwertigkeit, Nichteignung zum Führerberuf, zum militärischen wie zum politischen, ist hier wie dort das gemeinsame Kennzeichen.

Ueber den Verbrechen des Mag Hölz, die vor Bericht zur Abhandlung gelangten, sollte man doch sein schämmstes nicht vergessen, daß er ein geradezu unglaublich elender militärischer Führer gewesen ist. Er behauptete vor Gericht, Krieg geführt zu haben, aber er hat das getan wie ein stümpernder Heilgehilfe, der den großen Chirurgen spielen will.

Weshalb diese strategisch dilettantische Feldwebeltruppe sich mit einigen eilig zusammengewürfelten Lappen des kommunistischen Phrasenschlages schmückt, versuchen es die geistig und sittlich total zusammengebrochenen Kommunisten, ihn als einen „Helden des Proletariats“ hinzustellen. Ein scheußliches, aber auch tömischeres Mißverständnis ist wohl noch niemals vorgekommen.

Sackgasse verrannt, sie hatten die Gefolgschaft des Proletariats gesucht und die des vom Kriege geschaffenen Lumpenproletariats gefunden; sie kamen, von den Gipfeln der Wes herabsteigend, blind bis in die Nähe des gemeinen Verbrechertums, das in spartakistischem Gewande ihren Willen schändete, in militärischem sie erschlug. Hölz aber hatte keine Gemeinschaft mit der geistigen Welt der Arbeiterbewegung, er ist überhaupt keine geistige Potenz, und die Ohreigenen, mit denen er höchst eigenhändig seine Gefangenen traktierte — der Krieg macht einen zum Vieh, sagt er selbst — charakterisieren sein Wesen tausendmal besser als die eingelernten Papageiensprüche von der Befreiung des Proletariats.

Alles in allem: ein Symbol der Unfähigkeit, zu der der kommunistisch irreführte Teil der Arbeiterbewegung schmächtig herabgesunken ist. Mit politischen Führern vom Ideentypus der Stöcker und Genossen erringt man keine politischen Erfolge, mit militärischen Führern vom Schlage eines Hölz gewinnt man keine Schlachten. Wenn es schon tausendmal gesagt worden ist, so verdient es zum tausendstenmal gesagt zu werden, daß nur die geistige und sittliche Ueberlegenheit den Sieg an ihre Fahnen heften kann. Wer die Arbeiterchaft vom Weg der Ueberzeugung abbringt, daß sie nur durch diese Ueberlegenheit Erfolg im Klassenkampf erringen kann, der wird den Teilern von ihr, die dieser Lockung folgen, nichts als immer neue Niederlagen bereiten können. An all den Leichenreihen, die gehäuft, an allen reaktionären Gewalttaten, die verübt worden sind, an all der Schande, in die ein zusammenschrupfender, und darum sich immer toller gebärdender, irreführter Teil der Arbeiterbewegung verstrickt worden ist, trägt geistige Minderwertigkeit die Schuld! Dieser Hölz ist ebensowohl Teilhaber an ihr wie ihr Opfer. Kann es überhaupt noch tiefer geben? Allenfalls noch bis zur Vera Kammerer-Stellmacher, jener Wiener Raubmörder, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich gleichfalls als Apostel des proletarischen Befreiungskampfes ausgaben und von einigen stumpfen Gehirnen auch als solche anerkannt wurden.

Die Hölz-Begeisterung des Kommunismus ist nur eine letzte Zuckung vor dem Berenden.

## Der unterschobene Aufruf.

Max Hölz und die KPD.

Die Kommunisten wollen am Donnerstag vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in dem Bourgeois-Viertel gegen die Justiz demonstrieren. Dabei ist in der Redaktion der „Roten Fahne“ eine mysteriöse Geschichte passiert. In dem Aufruf, den sie am Mittwochmorgen veröffentlichte, hieß es:

Seit Liebknechts Tod steht Euer mutigster Vorkämpfer vor dem Sondergericht der weißen Bestie.

Max Hölz.

Wollt Ihr wieder warten, bis der Kopf von Max Hölz abgeschlagen ist?

Heraus mit Max Hölz!

Heraus mit allen politischen Gefangenen!

Duldet keine weitere Verurteilung mehr!

Dieser Aufruf stellte in bemerkenswerter Weise Max Hölz in den Vordergrund, dessen Name nicht nur äußerlich hervorgehoben, sondern der sogar mit Liebknecht in deutliche Parallele gesetzt wurde. — In der Mittwochabend-Ausgabe der „Roten Fahne“ wird der Aufruf wiederholt, aber mit veränderter Text. Jetzt heißt die betreffende Stelle:

Seit Liebknechts Tod stehen eure Vorkämpfer vor dem Gericht der weißen Bestie. Jetzt geht es um Max Hölz. Wollt ihr warten, bis auch dieser Kopf abgeschlagen ist? Heraus mit den politischen Gefangenen. Duldet keine weitere Verurteilung mehr!

Der Unterschied wird von der „Roten Fahne“ in folgender origineller Weise erklärt:

Auf bisher unaufgeklärte Weise wurde zu dem obigen Demonstrationsauftritt in der Mittwoch-Morgenausgabe der „Roten Fahne“ von unbenannter Hand ein Text unterschoben, dessen Abweichung von obigem richtigen Text der Aufmerksamkeit der Redaktion entgangen ist.

Das ist in der Tat fassend! Eine Redaktion, der ein falscher Text zu einem offiziellen Parteauftritt unterschoben wird, und die diese Irreführung nicht einmal aufklären kann, dürfte sobald nicht wieder zu finden sein. Sollte die Sache nicht doch etwas anders liegen? Sollten nicht am Ende einigen Führern der KPD, die noch eine Spur Ueberlegung besitzen, schwerste Bedenken aufgestiegen sein, weil sich in dem ersten Aufruf die kommunistische Partei völlig mit Max Hölz identifizierte und ihn sogar für den geistigen Nachfolger Karl Liebknechts proklamierte? Diese Hypothese erscheint uns wahrscheinlicher, als die Textunterschubung durch den „Großen Unbekannten.“

## Die Demonstration für Hölz verboten.

Wie die KPD erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident die für Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Platz vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Bahnhof Zoo einderufene Massenversammlung für Max Hölz verboten. Der Polizeipräsident stellt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nur an Plätzen stattfinden können, die in diesem Sinne, die von Parteien selbst erwartete Volksmenge auch zu fassen. Da die Vertreter der KPD angegeben haben, daß sie einen Besuch von mindestens 10000 Menschen erwarten, der sich aber auch auf 50000 bis 100000 steigern könnte, hat der Polizeipräsident es ablehnen müssen, den engen und verkehrsreichen Platz vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für eine derartige Menschenansammlung herzugeben, da die Zahl dieser Versammlungsortes ganz unvermeidlich zu Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen führen müßte.

Die Kommunisten haben rechtzeitig Mitteilung von dem Verbot erhalten, aber erklärt, die von ihnen aufgetriebenen Massen nicht mehr umdirigieren zu können, hauptsächlich da sie die KPD und ihre illegal lebenden Vertreter nicht mehr informieren können. Allenfalls seien sie bereit, einen anderen geeigneten Platz im Westen zu nehmen, den der Polizeipräsident ihnen nachweisen solle. Da ein solcher geeigneter Versammlungsort im Westen nicht vorhanden ist und die Kommunisten es ablehnten, die üblichen Plätze für Versammlungen unter freiem Himmel zu benutzen, blieb nichts anderes als das Verbot der Demonstration übrig. Die Kommunisten haben darauf erklärt, daß sie der Polizei die Verantwortung für die etwa eintretenden Folgen zuschieben müßten, worauf ihnen mitgeteilt wurde, daß die Polizei die Verantwortung für das, was sie angeordnet habe und durchzuführen werde, zu tragen wisse. Um aber jeden, der nicht in Gefahr kommen wolle, vor Schaden zu bewahren, würden alle Zeitungen von dem Verbot der Versammlung rechtzeitig unterrichtet werden.

## Die Gareis-Debatte in München.

München, 22. Juni. Ministerpräsident v. Kahr fuhr fort: Die Regierung wird getreu ihren Grundsätzen die von ihr festgelegten Linien mit aller Festigkeit und Unparteilichkeit einhalten. Sie vertraut auf den gesunden Sinn des Volkes in allen Schichten, daß es dem Kapitalismus von links und rechts kein Gehör schenken wird. Und sie richtet an alle, die guten Willens sind, die ernsthafte Mahnung, mit ihr zusammen unter Zurückstellung aller Sonderwünsche und aller Klassen- und Parteigegensätze dem Ziel zuzustreben, das allein heute Berechtigung hat: Das Vaterland zu retten und der Not und dem Elend zu steuern, in das wir geraten sind und in dem wir versinken, wenn wir nicht alle zusammen zu einträchtigem Handeln uns verbinden.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von den bürgerlichen Parteien mit Zustimmungslundgebungen, von der Linken mit Lachen aufgenommen.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten trat das Haus in die Besprechung der Interpellationen ein, wobei namens

der Koalitionsparteien der Abg. Stang (Bay. Volkspartei) eine Erklärung abgab, die Abscheu über die Nordiat ausdrückt und hofft, daß die Beweggründe des Nordes aufgeklärt werden. Die Koalitionsparteien legen auf das entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß der Fall Gareis zum bewußten Kampf gegen die Staatsregierung gewertet werde. Noch ungeheurer sei es, wenn vom Reichstag aus der Vorwurf erhoben werde, daß der unbekannte Mörder der politischen Abteilung der Münchener Polizei sehr nahe stehe. Gänzlich unverständlich sei auch die Behauptung, daß das, was in letzter Zeit an einigen Plätzen geschehen sei, geeignet erscheine, die Einheit des Reiches zu zerstören. Die Erklärung stellt fest, daß die allgemeinen Sicherheitszustände in Bayern im Vergleich mit dem übrigen Deutschland gewiß zu ihrem Vorteil (1) bestehen könnten.

Hierauf ergriffen die Vertreter der Linken das Wort, wobei der Abgeordnete Bauer (L. Soz.) zweimal einen Ordnungsruf erhielt. Der Abgeordnete Ackermann (Soz.) erklärte, seine Partei sei von den Ausführungen des Ministerpräsidenten in keiner Weise befreit. Der Abgeordnete Blumtritt (L. Soz.) führte aus, die Stimmung der Arbeiterschaft sei so, daß wenn noch ein Arbeiterführer beseitigt werde, dafür drei auf der anderen Seite daran glauben müßten. Der Kommunist Kenderl bezeichnete den Nord als das erste sichtbare Zeichen bei den reaktionären Organisationen dafür, daß sie dem System des Reichsmordes huldigen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm noch das Wort der Staatssekretär Schwegler. Auch dieser Redner verurteilte das schandwürdige Verbrechen an Gareis und wandte sich dagegen, daß der Nord an Gareis parteipolitisch von den Linksparteien ausgebeutet werde. Wenn von einer Atmosphäre gesprochen werde, die zu der Tat geführt habe, erinnere er an das Vorgehen der „Roten Fahne“, der „Freiheit“, des „Kampfes“, der „Neuen Zeitung“ und ähnlicher Blätter. Die Regierung verurteile aus voller Ueberzeugung die antifemistische Hege und den Kampf gegen die Reichsregierung. Sie werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen solche Auswüchse einschreiten. In der Aufforderung zum Generalkrieg lag die Gefahr eines Revolutionsspiels. Das konnte die Regierung nicht dulden. Hierauf sprach noch Justizminister Dr. Roth, der die Angriffe gegen die bayerische Rechtsprechung scharf zurückwies. Trotz aller Schmähungen und Drohungen werden die bayerischen Richter den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit weitergehen.

Damit war die Besprechung der Interpellation zu Ende.

## Ein Zwischenfall.

München, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach der Erklärung Stangs teilte der Redner der Sozialdemokratischen Partei, Gen. Ackermann, mit, daß er beim Betreten des Hauses von der Polizei untersucht

worden sei und die Schutzpolizei in das Fraktionszimmer der USK eingedrungen sei. Ein Sturm sondergleichen erhob sich, die Abgeordneten der Linken stürzten an die Schranken vor und verlangten in dem entstandenen Tumult Untersuchung dieses neuen Schlags gegen die Immunität der Abgeordneten.

Gen. Ackermann behauptete, daß in einem Augenblick, in dem das ganze Reich auf diesen Saal blicke, die Vertreter der Rechten beim Pokier, Tabaq und Kartenspiel drüben versammelt seien. Das Gift, welches die bürgerliche Presse unentwegt weiter gegen die Führer der Arbeiterschaft verspreche, habe auch in diesem Hause seine Wirkung getan. Der Grundton seiner Rede war, die Regierung könne nicht nur nicht von dem sorgfältig gehetzten Nordsturm ablassen, sie wisse auch nicht, was sie mit der Stellung des „Vorwärts“, daß seine Besprechung beim Justizminister völlig unbefriedigend verlaufen sei.

## Offiziersverschwörung in Baden.

Wie die „Freiburger Tagespost“ meldet, sind am Dienstag in Freiburg verschiedene ehemalige aktive Offiziere unter der Anführung des Hauptmanns verhaftet worden. Sie sollen eine Organisation nach dem Muster der „Orgefa“, die sich über ganz Baden erstreckt, organisiert haben.

## Potsdamer Kunstsommer 1921.

Es ist dies keine feuilletonistische Epiphany, sondern die offizielle Bezeichnung einer Kunstausstellung in den Räumen der Drangerie des Parks von Sanssouci, die der Potsdamer Kunstverein mit Unterstützung der Stadt Potsdam dieses Jahr erstmalig veranstaltet und zu einer dauernden Einrichtung in den folgenden Jahren zu machen hofft. Mit diesen Kunstsommer wollen die Veranstalter einer stillen Verpflichtung nachkommen, die die Geschichte der Stadt auferlege. Nicht die Stadt des Militarismus, sondern wie es auch das Guldbrunnen-Plakat sinnfällig macht, die Stadt Friedrichs des Zweiten, des Bauherrn und Mözgers.

Genau betrachtet ist diese Verneigung vor dem dynastischen Kunstgenius nicht allzu tief begründet: Friedrich ludigte zwar französische Kunst und italienischer Musik mit einem gewissen Gefühl; im übrigen aber sammelte er vielfach recht kritisch und verständnislos unter großen materiellen Opfern, wofür gerade Sanssouci manches Beispiel bietet. Wir sehen in der Potsdamer Kunstausstellung eher eine Entfärbung der Stadt, die bis auf unsere Tage mit dem Odium des kulturvernichtenden Militarismus belastet war. Insofern müßte man den Gedanken und die Tat schon begrüßen, auch wenn nicht ihre Verwirklichung durchaus gelungen wäre.

Die beiden Flügel der Drangerie, die der Ausstellung eingeräumt sind, geben in geschickter und empfindender Ausnutzung vorbildliche Schauräume her. Die verglasten Langwände sammeln ihr Licht auf die Gemälde, die in Reihen hängen. Nur die seltenen plastischen Werke stehen vereinzelt an der Fensterseite. Auf diese Weise entsteht gegenüber dem üblichen Labrynthsystem Wirkung und Genuß, eine natürliche Begleitung, die in einer knappen Stunde es ermöglicht, die größte Anzahl der dreihundert Werke wirklich in sich aufzunehmen, ohne wie sonst den größten Teil erschöpft zu verlassen oder zu verlieren. In dieser glücklichen Zufallsanordnung scheinen Errungenschaften und Erfahrungen zu liegen, an denen man künftig bei Ausstellungsneubauten nicht vorübergehen darf.

Allerdings ist auch die Auswahl geschickt. Man hat diesmal nicht Einbindungen gestreift, sondern die Auslese in den Werkstätten unter den vorhandenen Arbeiten selbst getroffen, daneben aus Bräutigam-Ergänzungen heranziehen können. Und wenn man auch den Hauptbestand jener Kunst entnommen hat, die man heute vielleicht nicht mehr in allen ihren Neuerungen modern nennen will, so hat man doch auch mit List und Kunstsinne soweit auf die Ueberlieferung zurückgegriffen, daß man Namen wie Schadow, Karl Bredon, Franz Krüger und Wolf Menzel mitaufgenommen hat, während die Periode des tiefen Verfalls gänzlich ausgeschlossen blieb. Von Menzel sieht man hier das in auffallendem Format und seinem gewaltsamen Hellbunke für den Wasser merkwürdige „Hochschloß“, das anstatt in die stoffliche Wenzelsammlung eingereiht zu werden, sonst immer noch ein Geheimnis in den

Räumen des Neuen Palais führen muß. Die alte Sezession, teilweise mit neuen Tischen, ist in statischer Reihe vertreten: Liebermann, Corinth, Slevogt, Raldruth, A. v. Hofmann, Trübner. Sehr schöne Stücke erinnern an die Bahnbrecher Leibl und Marées; die Plastik dieser Generation, Lederer und Tuillon, Gaul und Klimsch stehen daneben. Auf die Jüngeren seien Kotschka und Pechstein über, Marc und Schmidt-Rottluff, Großmann und Hechel, Jäckel, Weidner, Otto Müller, Partikel und Bangerter, Barlach, Lehmsbruck und Fiori sind vertreten, jeder mindestens mit einer Arbeit, die einen vollen Eindruck gibt, und die in ihrer Gesamtheit dadurch der ganzen Ueberlieferung in ihrer gewinnenden Anordnung eine ebenso künstlerische wie instruktive Bereicherung geben. Vielleicht kann dieses neue Potsdam mehr als ein Symbol werden.

Das neue Liederbuch. Ein Volksschul-Liederbuch, das von drei sozialistischen Lehrern herausgegeben wurde, hat es der „Täglichen Rundschau“ angetan. Ihr „Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände“ begnügt sich nicht damit, einen profaischen Verdammnisartikel über das neue Werk zu veröffentlichen, sondern stürzt sich auf in erhebliche poetische Unkosten.

Und woher diese etwas aufgeblähte Erregung? In dem neuen Liederbuch fehlen eine Anzahl von Liedern, die der „Täglichen Rundschau“ offenbar ganz besonders gut gefallen. Es handelt sich in der Hauptsache um die folgenden: „Was bläsen die Trompeten“, „Sie sollen ihn nicht haben“, „Herr Heinrich sitzt am Vogelherd“, „Erhebt euch von der Erde“, „Breitend mit viel schönen Reden“ und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“. Ueber den Geschmack ist nicht zu streiten. Wenn jemand das alte Blüherlied für besonders geschmackvoll hält, so ist es seine Sache. Für uns hat es nur noch ein historisches Interesse. Heute aber hält man Verse wie „Fahrt wohl, ihr Franzosen, zur Ostsee hinab und nehmet, ohne Besen, den Walfisch zum Grab“ mit Recht für den Schulunterricht nicht mehr geeignet. Schon von wegen der Naturgeschichte — auch über den Wert des Biederliedes: „Sie sollen ihn nicht haben“ sind die Ansichten sehr verschieden. Vater Rhein selbst, dessen Urteil doch auch gehört werden sollte, äußert sich darüber:

Zu Biedrich habe ich Steine verschluckt;

Sie schmedten Hirmwahr nicht leder.

Doch schwerer legen im Wagen mir noch

Die Berse von Riffas Beder.

Freilich, der ihm diese Worte in den Mund legte, war Heinrich Heine, ein in deutsch-nationalen Kreisen höchst verdächtigter Geselle. Immerhin hat der Mann die Borelei gedichtet, ein Lied, das in seinem deutschen Volksliederbuch steht.

Andere der ausgemerzten Lieder hatten der Kritik eher stand. Nur sind für Volksschulen, in denen die Kinder zu republikanischer Gesinnung erzogen werden sollen, Untertanensinn und Untertanentreue verherrende Lieder wenig geeignet.

Im übrigen scheint man drüben für die Gedankenwelt republikanischer und pazifistischer Demokraten kein rechtes Verständnis zu haben. Wir unterrichten werden von der Gegenseite nie verlangen,

daß sie in ihre Gesangbücher Schillers Hymne an die Freude — „Alle Menschen werden Brüder“ — oder Herweghs „Ich bin ein freier Mann und singe mich wohl in deine Fürstengunst“ aufnehmen. Aber es wird allmählich Zeit für die Herren zu begreifen, daß sie nicht mehr allein auf der Welt sind.

Andre Zeiten — andre Vögel.

Andre Vögel — andre Lieder.

Sie gestehen mir vielleicht,

Wenn ich andre Ohren hätte.

Die landwirtschaftliche Ausstellung in Delpzig. Die große landwirtschaftliche Ausstellung am Fuße des Bismarckdenkmals war dieser Tage das Ziel vieler Laufender, die aus Sachsen und aus ganz Deutschland gekommen waren, um zu sehen, auf welcher Stufe die Landwirtschaft von heute steht. Und alle staunten. Staunten vor allem über den hohen Stand der Technik, die trotz Krieg, Friedensvertrag und Sanktionen nicht stehen geblieben ist. Deutschland ist noch immer das Land der Arbeit, die letzten Fortschritt zeigt.

Der Hauptanziehungspunkt der Ausstellung blieb der imposante Aufmarsch der Maschinen, die in mannigfaltiger Ausführung tausende von Interessenten anlockten. Da sah man, wie die Technik dem Ackerfeld das jahrtausendelange beherrschte Feld in jeder Richtung strittig macht durch Dampf, Elektrizität, Benzin, Öl oder sogar durch die Energie der Luft atmosphärische Verdichtungs- und die Stelle des braunen Ackerbaus zu sehen sucht. Diese „Losnam-Bewegung“ ist das auffälligste Merkmal der Maschinenschau. Und es sind nicht nur Großlandwirte, die sich die Vollkommenheiten dieser Maschinen zunutze machen, sondern auch zahlreiche kleine Landwirte, die die segensreichen Vorteile der technischen Errungenschaften der Neuzeit erkannt haben und anwenden. Ganz zu Schweigen von den zahllosen kleinen und kleinsten Maschinen und maschinellen Reuheiten, die den landwirtschaftlichen Betrieb vereinfachen und verbilligen. U. a. sieht man eine der letzten Reuheiten die äußerst sinnreiche Konstruktion einer Reilmaschine, die das Reiten der Kuh selbstständig ohne Reiter besorgt. Ein elektrischer Fliegenfänger läßt die Fliegen einen Tod durch Kurzschluß finden. Ueberhaupt scheint die Elektrizität, seitdem die Ueberlandzentralen eine erhebliche Ausdehnung erfahren haben, Hauptfaktor des landwirtschaftlichen Reuetriebes werden zu sollen. In der großen Halle wird die vielfältige Verwendungsmöglichkeit der Elektrizität im Dienste der Landwirtschaft an zahllosen Beispielen demonstriert. Zu einer beachtenswerten Vervollkommnung sind auch die durch Windturbinen getriebenen Anlagen geblieben, die ihre Kraft aus der Luft schöpfen und zahlreiche Arbeitsgeräte mit Energie speisen.

Prof. Einkeil ist von seiner Amerikareise nach Berlin zurückgekehrt.

Der Rücktritt Bergsons. Der französische Philosoph Henri Bergson ist von seinem Lehrstuhl am Collège de France zurückgetreten. Mit ihm verliert das Institut eine seiner Hauptanziehungskräfte, da die Vorlesungen Bergsons gewaltigen Zuspruch fanden.

Eine Geschichte des Weltkrieges. Die Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden will in allen europäischen Ländern das Material einer Weltgeschichte und sozialen Geschichte des Weltkrieges sammeln lassen. Zu diesem Zwecke hat sie nationale Komitees ernannt, die unabhängig arbeiten und sich später gegenseitig kontrollieren sollen. Die Oberleitung hat Prof. Spohn von der Columbia-Universität in New York.

# Groß-Berlin Umleitungsärger.

Die Umleitungen von Straßenbahnlinien wegen Gleis-erneuerungsarbeiten sind eine Quelle schweren Verkehrs für Fahrgäste und Straßenbahnangestellte. Wie wird eine Linienumleitung bewerkstelligt? Die Zeitungen bringen eine Mitteilung, die der Straßenbahnverwaltung ein Inserat erspart. Im übrigen werden für die ganze Dauer der Umleitung in allen Wagen der Linie rote Plakate mit einem bezüglichen Hinweis angebracht.

Das könnte doch genügen, sagt sich die Verwaltung, — und in der Regel genügt es auch für Leute, die täglich diese Linie benutzen. Es genügt aber in der Regel nicht für die vielen anderen, die nur gelegentlich an so eine umgeleitete Linie geraten. Die Zeitungsnotiz, die damals für sie kein Interesse hatte, ist von ihnen entweder nicht beachtet oder inzwischen wieder vergessen worden. Warum aber, wird man fragen, machen sie nicht beim Einsteigen die Augen auf und halten Ausschau nach dem roten Plakat? Ja, wäre es nur da angebracht, wo es dem Einsteigenden auffallen muß! Das Plakat wird im Wageninnern an je ein Fenster nahe den beiden Türen geklebt. Beim Einsteigen betrachtet mancher nicht zunächst die Fenster, sondern sieht vor sich auf den Weg durch den Wagen und sucht nach einem Sitzplatz. Und nachher blickt sich dem Auge des Fahrgastes eine solche Fülle von gedruckten Plakaten und aufgemalten Inschriften, daß ein Plakat mehr kaum noch auffallen kann. Nun ist der Schaffner angewiesen, an der Umleitungsstelle in den Wagen hineinzurufen, daß jetzt der Weg durch den Wagen eingeschlagen wird. Da gibt es dann fast immer einige, die auspringen und entrüsten den Schaffner fragen, warum er das nicht früher gesagt habe. Schnauzt der Fahrgast den Schaffner an, so schnauzt ein empfindlicher Schaffner wieder und gibt unter Hinweis auf das rote Plakat dem Fahrgast den Rat, künftig die Augen besser aufzumachen.

Sollten solche verbieflichen Auftritte, die der Schaffner einer umgeleiteten Linie jeden Tag von früh bis spät über sich ergehen lassen muß, wirklich nicht zu vermeiden sein? Wir empfehlen, es einmal mit einer anderen Art der Bekanntgabe zu versuchen. Bei Linienumleitung bringe man an der Stirnseite des Wagens auf dem Dach neben der Liniennummer eine abends zu erleuchtende Inschrift „Umleitung!“ an. Auf die Liniennummer des herankommenden Wagens sieht jeder, und der Fahrgast wird dann beim Einsteigen sofort nach dem roten Plakat ausschauen, das auch noch an der Außenseite des Wagens nahe der Griffstange des Perrons angebracht werden könnte. Das sind nur Anregungen und Vorschläge, die sich gewiß noch durch Besseres ersetzen ließen. Aber geschehen muß etwas, um diesen unerquicklichen Auftritten, unter denen die Straßenbahnangestellten begreiflicherweise noch viel mehr als die Fahrgäste leiden, ein Ende zu machen.

Man komme uns nicht mit der billigen Antwort, daß es immer Schlafmühen geben wird, die durch nichts aus ihrem Schlaf aufzurütteln sind. Ja, das stimmt, doch nicht für diese sprechen wir. Bei vielen anderen aber würden die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen genügen, sie vor Ärger zu bewahren — sie und das Personal.

## Mythische Experimente.

### Heilmagnetopasthen vor Gericht.

Der frühere Konfektionsmeister Lüddecke in Lichtenberg und dessen Ehefrau betreiben seit sieben Jahren das Gewerbe als Heilmagnetopasthen. Sie haben großen Zuspruch von Kranken. Ein Teil der Kundenschaft hat sich zu dem religiösen Verein „Vorwärts zur Sonne“ zusammengeschlossen. Eine Frau Ida Schmidt und deren schwachsinziger epileptischer Sohn hatten noch anfänglicher großer Zufriedenheit mit dem Ehepaar L. Anzeige wegen Betruges erstattet. Infolge der Anzeige begab sich der Lichtenberger Kriminaloberwachmeister Kuhfahl in die Lüddecke Wohnung und markierte den Kranken. Er zahlte für zweimonatige Behandlung zusammen 4 M. und fühlte sich geschädigt, obwohl das Honorar von der Behörde erstattet ist. Das Lichtenberger Schöffengericht hatte am 7. Januar die Angeklagten zu je 250 M. Geldstrafe wegen Betruges verurteilt, trotz der gutachtlichen Aussage des Medizinrats Dr.

Störmer, daß in geeigneten Fällen durch mythische Experimente gute Wirkungen bei Kranken erzielt werden können.

In der gestrigen Berufungsverhandlung vor dem Landgericht I drehte sich die Beweisführung um die Frage, ob auch bei Lungen-, Gefäßleiden und Augenleiden, überhaupt bei organischen Erkrankungen, eine pünktliche körperliche Beeinflussung durch Heilmagnetismus möglich sei. Medizinrat Dr. Störmer verneinte das entschieden, während der zweite Sachverständige, Kreis- und Gerichtsarzt Dr. Hammer, an der Hand ärztlich-wissenschaftlicher Literatur die Frage ebenso entschieden bejahte. Eine große Zahl geladener Patienten der Eheleute Lüddecke sollte die Glaubwürdigkeit der An-

## Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den Monat Juni noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

**Vorwärts-Verlag G. m. b. H.**

zeigen erschüttern. Nachdem eine ganze Reihe dieser Zeugen sich als gehesert oder geheilt erklärt hatten, wurde auf die Vernehmung weiterer Zeugen verzichtet. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haendel, wies auf das Recht des Laien hin, auf einwandfreie Art Kranke aller Art mit Magnetismus zu behandeln, wenn in solchen Fragen, die eigentlich gar nicht vor das Forum der Justiz gehören, selbst in der medizinischen Wissenschaft die größten Widersprüche bestehen. Schon die geringen Honorarforderungen von 1—2 M. für die Einzelbehandlung sprächen doch gegen jede Betrugsabsicht. Nach kurzer Beratung kam der Gerichtshof zur Freisprechung, weil der Nachweis einer Täuschung von niemandem erbracht sei.

## Die „Riesengewinne“ des Milchamts.

Das Milchamt Berlin teilt mit: Die Presse gibt die Mitteilung einer Korrespondenz wieder, wonach unter Angabe eines Rezeptes das Milchamt bei Herstellung von Sahne aus Frischmilch und Leodennmilch große Gewinne erzielt. Dieses Rezept ist in jeder Hinsicht eine böswillige freie Erfindung. Der dem Milchamt Berlin angehörende Betrieb der Meierei Holte stellt aus Milchpulver und Butter eine niedrigprozentige und eine hochprozentige Sahne her, deren Vertrieb verhindert hat, daß aus Frischmilch von Unbefugten Sahne hergestellt und damit der Frischmilchmarkt geschädigt wurde. Die Berechnung des Reingewinns ist phantastisch. Der Reingewinn beträgt zirka 13 Proz. Er dient mit zur Verbilligung der Frischmilch für Kinder. Es ist bezeichnend, daß diejenigen Kreise, die an der Befämpfung der kommunalen Betriebe ein Interesse haben, abwechselnd bald die Verlustwirtschaft, bald den bei einem Geschäft erzielten Gewinn brandmarken. — Der „Vorwärts“ hat sich selbstverständlich zur Verbreitung dieser durchsichtigen Nachricht nicht hergegeben.

## Wem gehört das Taschentuch?

Der Raubmord an dem Oberpostkassanten Splettstößer in der Borjistrasse ist noch nicht aufgeklärt. Alle Vernehmungen und Nachprüfungen von Angaben aus dem Publikum haben noch keinen Anhalt geliefert. Vielleicht gelingt aber die Ermittlung des Mörders an der Hand eines Taschentuches, das er am Tatort zurückgelassen hat. Es ist ein Tuch von außergewöhnlicher Größe — für ein Taschentuch viel zu groß —, mißt 49x34 Zentimeter und besteht aus Baumwollbatist. Augenscheinlich ist es von einem größeren Stück, vielleicht von einem Hemd, abgeschnitten und an drei Seiten gesäumt, während eine Seite ungesäumt geblieben ist. Die Säumung hat wahrscheinlich eine Frau oder ein Mädchen zu Hause besorgt. Wer über dieses Taschentuch irgendeine Mitteilung machen kann, wird dringend ersucht, sich bei den Kommissaren Legtmeyer und Dr. Anuschat im Zimmer 86 des Polizeipräsidiums zu melden. Das Tuch ist zur Ansicht für jedermann von heute ab in dem Kusshängelkasten der Kriminalpolizei auf dem Lichthof des Polizeipräsidiums ausgestellt.

dürfen, dem Mann, der unter einem feinen Chef und ein entlassener Sträfling war, die Hand zu reichen.

So half er sich damit, daß er nach einigen einleitenden Verlegenheitsworten sogleich daran ging, in knappen Umrissen ein Bild vom Stande des Geschäftes zu entwerfen. Und das gab ihm nach und nach seine Sicherheit zurück, denn er hatte nur Erfreuliches zu berichten. Das Vermögen Reiskners hatte sich in den verfloffenen vier Jahren wesentlich vermehrt.

Reiskner hörte ihm aufmerksam zu. Keine Geste, kein Zug in seinem Gesicht verriet, was in ihm vorging, was er dachte. Immer hörte er die Mahnung des Alten: Zeigen Sie nie, daß Sie leiden, zeigen Sie auch nie, daß Sie sich freuen: bleiben Sie unter allen Umständen toll! Und er sah, daß es gar nicht so schwer war, sich zu beherrschen, sich dem Einflusse der Persönlichkeit eines anderen zu entziehen und sich auf diese Weise überlegen zu zeigen, wenn man nur an die Wichtigkeit des Standpunktes, den man einnahm, innerlich fest glaubte. Und daß er diesen Glauben hatte, diesen Glauben an sich selbst, das fühlte er jetzt.

„Sie machten mir“, nahm Reiskner, nachdem der Geschäftsführer mit seinem Bericht zu Ende war, das Wort, „als ich vor vier Jahren von hier weggehen mußte, einen Vorschlag. Sie sprachen damals, wenn ich mich nicht irre, davon, daß Sie die Mittel besäßen, mir mein Geschäft, von dem Sie damals nicht annahmen, daß ich es würde weiterführen wollen, abzukaufen. Ich lehnte damals auf Anraten meines Anwaltes ab. . . . Nun, wie denken Sie heute darüber?“

Der Geschäftsführer war von dem Glücksfall, der sich ihm da plötzlich bot, auf das höchste überrascht. „Sie wollen. . . wirklich. . . verkaufen?“ fragte er.

„Ich trage mich mit dem Gedanken“, jagte er.

„Und Sie denken dabei. . . wirklich. . . an mich?“

Reiskner nahm den zitternden Unterton der Stimme wahr. Dieser heimliche Ton war ein demütiges Sichbeugen vor ihm, der, solange er über Reichthümer verfügte, auch die Macht befehlte, andere von sich abhängig und sich dienstbar zu machen. „Ich denke an Sie“, sagte er ruhig, „ja, gerade an Sie. Denn es ist mein Wunsch, an dem Geschäft als stiller Teilhaber auch fernerhin beteiligt zu sein, mit größeren Kapitalien, die Ihnen, als einem Anfänger, wohl doppelt willkommen sein werden.“ Er sah den Geschäftsführer voll an.

## Mädchenhändler an der Arbeit.

### Eine Warnung an die Mädchenwelt des Proletariats.

Das schreckliche und verruchte Gewerbe des Mädchenhandels macht sich anheimelnd wieder breit, um mit falschen Versprechungen unter Anwendung der verschiedensten Lockmittel arglosen Mädchen, vornehmlich jene der minderebmittelten Klassen, ein entsetzliches Los zu bereiten. Unter der Vorspiegelung, daß sie Stellen als Hausangestellte, Putzmacherinnen, Hauslehrerinnen, Kontoristinnen erhalten könnten, werden sie in das besetzte Gebiet und auch in das Saarrevier gelockt, wo sie den für die französischen schwarzen Kolonialtruppen eingerichteten Bordellen überantwortet werden. Soeben wurde ein Trupp von fünf jungen Mädchen, der nach der Pfalz gehen sollte, in Frankfurt a. M. angehalten. Nach Vernehmung der Mädchen und der begleitenden Frau wurden die Stellungsuchenden vor der Weiterreise gewarnt, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach Mädchenhändlern in die Hände gefallen seien. Die Schlepperin wurde vorläufig auf freiem Fuße belassen, da ihr Beistand zum Mädchenhandel nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Doch hat sich die Frankfurter nach der Berliner Polizei zum Zwecke weiterer Nachforschungen in Verbindung gesetzt. Man nimmt an, daß auf diesem Wege bisher etwa 400 Mädchen ins besetzte Gebiet verschleppt worden sind. Ihr Los ist ein unglücklich schreckliches, ihr leiblicher und seelischer Untergang gewiß. Wer deshalb derartige Stellen annehmen will, sollte es stets im Einvernehmen mit seiner Organisation tun.

## Heße gegen Pfarrer Bleier.

Wie erinnerlich, hatte sich unser Genosse Pfarrer Bleier seinerzeit in der Protestversammlung der Charlottenburger Lazarettinsassen in erfreulicher und wermherziger Weise für diese tief bedauernswerten Opfer des Weltkrieges eingesetzt. Der „Reichsbote“, das Organ der ultrakonserativen preußischen evangelischen Pfarrer, bekommt es tatsächlich fertig, darüber am 12. Juni folgendes zu schreiben:

„Das Eintreten des Herrn Pfarrer Bleier für die Aufrechterhaltung des Charlottenburger Lazarettinsassen darf uns weiter nicht wundern. Er hat auch damals die Stirn gehabt, die Proteste gegen die schwarze Schmach im besetzten Gebiet zu verurteilen. Jegliches vaterländisches Empfinden ist diesem Herrn scheinbar völlig abhanden gekommen. Es ist aber tief bedauerlich, daß in dieser Zeit der größten Seelennot des deutschen Volkes ein derartiger Mann als Seelsorger tätig ist.“

Der letzte Satz läßt darauf schließen, daß man Pfarrer Bleier so bald wie möglich beseitigen möchte. Die Kriegsbeschädigten werden außerdem mit dem schändlichen Wort „Aufrechter“ belegt. Darauf gibt es nur eine Antwort: Wer innerlich mit der evangelischen Kirche fertig ist, trete sofort aus. Die übrigen aber mögen dem „Reichsbote“ und seinen Hintermännern wegen dieser Denunziation die entsprechende Antwort geben.

Zufolge einem Bericht über die Kreisynode Friedrichswerder 11 im „Berliner Lokalanzeiger“, in dem der Fall des langen und breiten abgehandelt wurde, ist diese Synode einem Rehergericht nicht unähnlich gewesen. Man kann es Bleier nicht verzeihen, daß er sich für die Charlottenburger Lazarettinsassen eingesetzt hat. Die Synode nahm folgende Entschlüsse an:

„Die Kreisynode spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß der Syn. Bleier, dem, wie jedem Pfarrer, selbstverständlich die volle Freiheit seiner politischen Anschauung zusteht, in seiner öffentlichen Tätigkeit das erforderliche Maß der Rücksicht auf kirchliche Pflichten und auf die Gemeinsamkeit evangelischer Lebensauffassung vermissen läßt.“

Der Synodalvorstand wird beauftragt, die Angelegenheit ernstlich im Auge zu behalten.

## Essentielle Aufzüge an Sonntagen.

Der Oberpräsident hat für das Gebiet der Provinz Brandenburg zu der Polizeiverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage neue Bestimmungen getroffen. Danach sind öffentliche Aufzüge und Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sowie Leichenbegängnisse an Sonn- und Feiertagen während der Zeit des Hauptgottesdienstes verboten, sofern sie geeignet sind, den Gottesdienst unmittelbar zu stören. — Hoffentlich birgt der Schlußsatz nicht die Befürchtung einer bürokratischen Auslegung durch jene Herrschaften, die ein Interesse daran haben, eine „unmittelbare Störung des Gottesdienstes“ zu konstruieren.

Der sprang auf und streckte Reiskner zögernd die Hand entgegen, so, als fürchte er, dieser könne sie zurückweisen.

Und Reiskner schien sie in der Tat nicht zu bemerken, so daß jenem nichts anderes übrig blieb, als sie schüchtern wieder zurückzuziehen, wobei er, beschämt und unsicher, murmelte: „Ich danke Ihnen! Ich danke Ihnen sehr!“

Doch Reiskner schüttelte den Kopf. „Es ist nicht nötig, daß Sie mir danken, denn das, was ich Ihnen vorschlage, ist ein nüchternes Geschäft, bei dem ich vor allem meinen eigenen Vorteil im Auge habe.“

Und er entwickelte dem anderen die Grundzüge, nach denen er einen Vertrag mit ihm zu schließen gewillt war.

Die Bedingungen, die er stellte, waren hart und gingen bis an die äußerste Grenze dessen, was ein Geschäftspartner sich bieten lassen konnte.

„Wollen Sie?“ fragte er, nachdem er seine Erklärungen mit einem kalten Raffinement abgegeben hatte, das dem Partner die künftige Abhängigkeit offenbar bis ins letzte Detail zum Bewußtsein zu bringen wünschte. „Wollen Sie oder wollen Sie nicht?“

Zum ersten Male in seinem Leben kostete er den Genuß aus, aus einem Menschen, der sich nicht wehren konnte, das Letzte herauszupressen.

Der Versuch, der völlig gelang, hinterließ ein prickelndes Gefühl der Befriedigung in ihm. Er war gleichsam ein Präzisen für die Kraft seines Willens, die, wenn er sie nur in der Kälte seines Herzens stählte, noch wachsen würde.

Noch in der gleichen Stunde wurde der Vertrag aufgesetzt, in zwei Exemplaren ausgefertigt und von beiden unterschrieben.

Reiskner steckte sein Exemplar in die Tasche, ohne daß sein Gesicht etwas anderes als Gleichgültigkeit ausgedrückt hätte. „Das wäre abgemacht“, sagte er, indem er eine Zigarette in Brand setzte, „und wir hätten jetzt wohl Grund, uns ein wenig zu erholen.“

„Wie?“ fragte der Geschäftsführer, der Reiskner nicht verstand.

Reiskner blies eine dicke Rauchwolke vor sich hin und blickte ihr starr nach. „Ich meine, daß wir uns vielleicht etwas erholen könnten, indem wir ein Lokal aufsuchen. . . Oder geniert es Sie, wenn man Sie mit mir sieht?“

„Nicht? . . . Aber bestimmt nicht!“

(Fortf. folgt.)

# Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

11]

Reiskner sprang in ein Auto und ließ sich in das Geschäftsviertel fahren. Vor einem der riesenhaften Kontorhäuser ließ er halten. Der Paternosteraufzug brachte ihn in das vierte Stockwerk. Dort läutete er an der Tür eines großen Kontores.

Als er eintrat, ging eine Bewegung durch die Reihe der Angestellten. Reiskner lächelte spöttisch, denn er sah, daß man ihn erkannte. Er wandte sich an einen der Buchhalter mit der Frage nach dem Geschäftsführer. Der Mann erwiderte stark, verbeugte sich ungeschickt und öffnete ihm eine Tür.

Während Reiskner die Schwelle überschritt, freute er sich im voraus des Eindruckes, den sein unerwartetes Erscheinen hervorrufen mußte. Niemand nämlich ahnte, daß ihm ein Jahr seiner Strafe im Gnadenwege erlassen worden war. Er mußte allen, die ihn so unvermutet sahen, wie ein vom Tode Auferstandener erscheinen.

Die Wirkung, die er erzielte, war in der Tat enorm: Sigmund Lautenbach, sein Geschäftsführer, starrte ihn wie einen Geist an, — mit offenem Mund, aufgerissenen Augen und unfähig, ein Wort zu sagen.

„Nun“, sagte Reiskner, indem er in die Mitte des Zimmers trat und so tat, als sei er kaum acht Tage vom Geschäft fern gewesen, „hat es Ihnen den Atem verschlagen?“

Er lachte kurz auf, warf sich, die Arme über der Brust kreuzend, in einen Stuhl und sah sich stüchtig in dem Raum um. Der früher jahrelang seine eigene Arbeitsstätte gewesen war. „Ich will Sie heute nicht lange aufhalten“, fuhr er fort, sich an der Bestürzung des anderen noch immer wendend. „Ich bin nur gekommen, um Ihnen zu zeigen, daß ich wieder da bin: gesund, munter und ungebrochen. Und um Ihnen zugleich zu sagen, daß es trotzdem meine Absicht ist, sehr bald wieder von hier wegzugehen, — und zwar für immer.“

Erst jetzt fing der Geschäftsführer an, sich allmählich in die Lage zu finden. Er stammelte eine Begrüßung, von der er freilich allzusehr fühlte, daß sie zu spät kam und daß sie zu gezwungen klang, als daß er es noch hätte wagen



# Das Urteil im Hölz-Prozess.

Nach anderthalbwöchiger Dauer ging gestern in Moabit das Drama zu Ende, in dessen Mittelpunkt der hauptsächlich des Hochverrats und des Mordes angeklagte Max Hölz stand. Die Plaidoyers des Staatsanwalts und der drei Verteidiger und die Rede des Angeklagten selber, die den Schlusssatz bildeten, nahmen zusammen 6 1/2 Stunden (von 1 Uhr mittags bis 1/8 Uhr abends) in Anspruch. Der Anklagevertreter, der eine echte Staatsanwaltsrede hielt, mußte natürlich die politische Seite der Hölz'schen Aktion eingehend erörtern, wobei er mit seinen gänzlich unzureichenden Mitteln auch den Versuch einer Widerlegung des Kommunismus unternahm. Als erwiesen sah er nicht nur den Hochverrat an, den Hölz nie bestritten hat, sondern auch die Ermordung des Heß, an der teilgenommen zu haben Hölz aufs entschiedenste in Abrede stellt. Gegen Hölz, den er als gemeinen Verbrecher betrachtet wissen wollte, beantragte er Zuchthaus auf Lebenszeit und die Todesstrafe sowie Ehrverlust. Die drei Verteidiger wandten sich hauptsächlich gegen die Ausführungen des Staatsanwalts bezüglich des Mordes und beläpften scharf die Charakterisierung des Angeklagten als eines mit Zuchthaus und Ehrverlust zu bestrafenden Verbrechens. Sie bewußten sich, nicht nur die Hölz'sche Aktion als berechtigt nachzuweisen, sondern auch von dem Menschen Hölz ein günstigeres Bild zu entwerfen. Von dem Angeklagten empfing man bei seinen eigenen Ausführungen einen sympathischeren Eindruck, als er ihn während der Verhandlung durch seine unnützlich rätselhaften Ausfälle erweckt hatte. Man muß ihm glauben, daß er an sich und die von ihm vertretene Sache geglaubt hat.

In der Nachmittagsitzung wurden zunächst die Schließwörter der Anklagevertreter Barolla und Dr. Arthur Schlieffinger vernommen, die aber nicht entscheiden konnten, ob Gutsbehrer Heß durch Gewehr- oder Pistolenkugeln getötet wurde.

### Die Plaidoyers.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen und Staatsanwalt Dr. Jäger ergriff das Wort zu seinem Plaidoyer. Der Staatsanwalt führte u. a. aus: Der Angeklagte gibt zu, daß es sein Ziel war, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Er gibt auch zu, der militärische Leiter gewesen zu sein. Zwar hat er es so dargestellt, als ob sein Vorgehen nicht ein Angriff gegen die Bourgeoisie und gegen die Verfassung, sondern nur ein Rotwehrtum gegen die Arbeiter gegen die Bourgeoisie war. Durch die Tatsachen ist dies aber widerlegt worden. Eine Kampfpolemik war der Hölz'sche Plan, dessen Zweck war, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Darum erfolgte die Entsendung der Sipos. Diese war dann die Veranlassung, gegen die Bourgeoisie und den Staat zu kämpfen. Bernünftig denkende Arbeiter nahmen an der Sipos keinen Anstoß. Als die Verhältnisse dann kritischer wurden, schlug der Angeklagte auf der Wilschöhe und nun nahm die Bewegung eine andere Bahn, indem er sie militärisch organisierte. Es erfolgte die bekannte blutigen Kämpfe zum Generalkrieg, doch hatten diese programmatischen Erklärungen nicht den gewünschten Erfolg und nun griff der Angeklagte zu anderen Mitteln, bei denen die Straftaten des Hölz einsetzten. Der Staatsanwalt schließt dann, wie der Angeklagte die Arbeiter durch Drohungen zur Arbeitseinstellung auf den Schächten zwang und wie er sie einreißte in die Rote Armee. Hölz, so fährt er fort, hielt dann in der weiteren Entwicklung des Aufstandes heftige Reden, in denen er aufforderte, zu pflücken und gegen die Sipos vorzugehen. Hölz bestritt dies, es ist aber erwiesen, wie in Eisleben und Mansfeld seine Leute die Parole befolgten. Davon, daß keine Aufrufe nur eine Drohung sein sollten, kann keine Rede sein, denn die Tatsachen sprechen dagegen. Daß sie keine Waffen enthielten, zeigen die Sprengungen in Eisleben. Hölz sagt, er sei kein gemeiner Verbrecher und nur politischer Vergehen schuldig. Die Politik des Angeklagten ist aber verbrecherisch zu nennen. Was Geistes Kind er ist, und daß man nicht im geringsten Milde walten lassen kann, zeigt ein Vorfall in Eisleben. Der Angeklagte übte dabei

eine Volksjustiz, wie sie noch nie gesehen ist.

Nur auf den Verdacht hin, daß ein Polizeimeister auf Leute geschossen haben sollte, wurde nicht etwa dessen Wohnung, sondern die eines ganz unschuldigen Mannes, des Stadtschreibers Reiss, angezündet. Ein solches Verfahren versteht nicht nur gegen alle Gesetze, sondern es zeigt auch, daß der Kommunismus ein Unsinns in sich ist. Betroffen werden sollte die Bourgeoisie, in Wirklichkeit aber der Mittelstand, denn die entstandenen Schäden muß die Allgemeinheit tragen. Damit sind die Hölz'schen Theorien widerlegt. Es ist auch kein Zweifel, daß der Angeklagte den Bürgerkrieg nicht mit Milde geführt hat, wenn auch gewisse Fälle Milde zeigen. Die Behandlung der Gefangenen spricht hier deutlich genug. Der Staatsanwalt kommt dann auf die übrigen Straftaten des Hölz zu sprechen, die den Hochverrat betreffen. Hölz, so fuhr er fort, griff, um die Bourgeoisie gefügig zu machen, zu bald schwereren, bald leichteren Mitteln. Seine einfachsten Mittel waren die brutalen Mißhandlungen der Leute. Dann kommen die Fälle der Todesdrohungen gegenüber den Gefangenen. Er will die Drohungen nicht ernstlich gemeint haben. Dann hat er die Gefangenen aufs grausamste verpöht und sie in die grausamste Todesangst versetzt. Das ist ein Zug einer Grausamkeit, die fast an Vernunft grenzt und ein Zeichen niedriger Gesinnung. Hölz ist auch

der moralische Mörder des Pastors Müller und des Matrosen Knab. Seine Freiheitsberaubung waren nur das Mittel, die Forderung seiner Kriegsführung durch Gelderpressungen an den Festgenommenen zu erreichen. Der Staatsanwalt erörtert die einzelnen Fälle der verübten und vollendeten Erpressungen und sucht zu beweisen, daß auch hier das Vorgehen des Hölz teilweise sinnlos war. Hölz ist verantwortlich für die Wänderungen der Roten Armee, zu denen

es kommen mußte, da sie keine Mittel hatte. Alle Verstecke sind gemeiner Natur. Daß sie eine politische Note enthalten, ist nicht zu bezweifeln. Man darf aber nicht, weil man politische Zwecke nicht anders erreichen kann, zu gemeinen Mitteln greifen. Der politische Kampf muß eben in anderer Weise geführt werden. Die Art seiner Führung zeigt, daß die Idee falsch ist. Wenn die Idee richtig wäre, dann würde sie stärker als Dynamit wirken, dann setzt sie sich durch und es kann nicht gegen sie gekämpft werden. Solange die Mehrheit bei uns anders denkt, hat niemand ein Recht, sie zu einer anderen Meinung zu zwingen.

### Es liegt also Hochverrat vor.

Das Strafmaß kann bei einem Hochverrat, der mit so gewalttätigen Mitteln einer Mehrheit gegenüber begangen wurde und selbst von einem großen Teil der kommunistischen Partei verurteilt wird, nicht zweifelhaft sein. Es gibt hier nur die eine Strafe: daß Hölz als Gemeinfeind in Deutschland zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust verurteilt wird. Hierauf wendete sich der Staatsanwalt den Anklagefällen des versuchten Mordes zu. Der Fall des Kaufmanns Hildebrandt zeigt, daß Hölz grundlos geschossen hat. Hölz war ein überlegender Mensch, dem jedoch in gewissen Momenten das Temperament durchgeht, so daß er nicht weiß, was er tut. Seine Nerven haben auch im Krieg geitert, und nach dem ärztlichen Gutachten ist er nicht vollwertig, deshalb bin ich der Ansicht, daß sich der Fall Hildebrandt nicht als versuchter Mord, sondern nur als versuchte Tötung charakterisiert. Er beweist aber, daß Hölz leicht mit der Waffe bei der Hand ist und dies ist wesentlich. Für die Beurteilung des Falles Heß ist mit aller Entschiedenheit

### die Frage nach Mord zu bejahen.

wenn auch allerdings dabei allerlei Umstände zu beachten sind. Hölz selbst hat mich auf den einen Umstand aufmerksam gemacht, indem er sagte, Frau Heß habe mir gegenüber eine andere Aussage als an Gerichtsstelle gemacht. Auf diese erste Aussage mir gegenüber würde ich auch die Anklage wegen Mordes nicht stützen. Frau Heß hat jedoch vor dem Kriminalkommissar dasselbe bekundet, was sie jetzt hier aussagt, und darum bin ich der Meinung, daß ihre letzte Aussage auf Wahrheit beruht. Ihre Aussage wird auch durch den Zeugen Uebe unterstützt, der nicht unglaubwürdig sein kann, weil er belästigt gegen den Angeklagten aussagt. Dieser Zeuge wird nicht so gemein sein, Hölz der Todesstrafe zuführen zu wollen. Die Tat von Hölz qualifiziert sich also als Mord. Es liegt ein heimtückischer Mord vor, deswegen beantrage ich insgesamt gegen den Angeklagten wegen versuchter Tötung und Mordes in Tateinheit und Hochverrat die Todesstrafe und dauernden Verlust der Ehrenrechte.

### Die Verteidigung.

Als erster der drei Verteidiger sprach Rechtsanwalt Hegewisch, Celle. Er schilderte einleitend das Verleben des Angeklagten und ging in längeren Ausführungen auf die Vorgeschichte des Mitteldeutschen Aufstandes ein. Hölz habe nicht aus Brutalität oder Jähzornslust, sondern nur aus revolutionärem Drang gehandelt. Das Material im Falle Heß sei so dürftig, daß Hölz weder des Mordes, noch des Totschlags, noch der Anstiftung zu beiden schuldig gesprochen werden könne. Für das Verbrechen des Hochverrates käme Zuchthaus nur bei ehrlöser Gesinnung in Betracht, das sei bei Hölz aber nicht der Fall. Ein Zuchthausurteil würde den schärfsten Widerspruch der großen Zahl der Arbeiterschaft hervorrufen. In diesem Zusammenhang wies der Verteidiger auf die moogige Demonstration der RPD, und RUPD, zugunsten Hölz und aller politischen Gefangenen hin.

Justizrat Broß führte aus, nicht Hölz, sondern des deutsche Proletariat sehe hier auf der Anklagebank. Hölz sei ein Heerführer einer Roten Armee. Wenn Hölz ein Räuberhauptmann sei, dann gelte dies auch für Florian Geyer, Böh v. Berlichingen und Cromwell. Wäre Hölz als Sieger eingezogen, dann würde ihm die ganze Welt recht geben. Sein Idealismus verdiene die Achtung seiner Feinde und Freunde. Hölz habe immer in den vordersten Reihen mitgekämpft und stände insoweit höher als Sieknecht und Luxemburg, als Lenin und Trotski, die immer nur andere hätten künften lassen. In stundenlangen Ausführungen wandte sich Justizrat Broß gegen die Mordanklage im Falle Heß, um dann mit den Worten zu schließen: „Es wird sich zeigen, ob es den Orgeschleuten gelingen wird, hier ein edles Bild zur Strafe zu bringen. Wenn Sie hier einen Justizmord begehen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland immer mehr zuspitzen.“

Zurück der dritte Verteidiger, Justizrat Viktor Fränkl, wandte sich gegen die Mordanklage und bei zum Schluss das Gericht, dem Angeklagten Hölz nicht ideale Motive zu versagen, die es dem Kommunistenführer Brandler nachsehen habe. Hölz siehe Brandler an idealistischer Gesinnung zum mindesten gleich, an Wert stünde er hunderttausendfach höher.

### Das Schlusswort des Angeklagten.

Dann hielt der Angeklagte sein Schlusswort. Hölz: Hochachtungsvoller, hochachtungsvoller Ausnahmegerichtshof. Vorsichtiger (scharf unterbrechend): Hölz, wenn Sie uns hier beleidigen wollen, dann entziehe ich Ihnen sofort das Wort. Hölz: Ob Sie mir das Wort zu Anfang, in der Mitte oder am Ende der Verhandlung entziehen, das ist doch Jades wie Hofe. Ich rede so lange, wie Sie mich reden lassen, und was ich will und was ich empfinde. Ich rede nicht, um mich zu verteidigen, denn dann müßte ich mich ja schuldig fühlen. Ich fühle mich aber nicht schuldig, am allerwenigsten vor einem bürgerlichen Gericht, das ich nicht anerkenne. Zur Anklage des Staatsanwalts will ich mich gar nicht äußern. Das war eine Leichenrede für die bürgerliche Klasse, von der er angestellt ist und von der er sich sein Honorar holen mag. Auch zu den Ausführungen meiner Verteidiger will ich nichts sagen. Meine Verteidiger sind mir wohl im geistigen Sinne überlegen, in praktisch revolutionärer Hinsicht stehe ich sie alle drei in

die Tasche. Sie verhandeln also hier gegen eine menschliche Bestie. Ich will Ihnen diese Bestie mal sezieren. Hölz entwickelt dann ein bis in die Einzelheiten gehendes Bild seiner Jugend, seiner Umgebung und seines Lebenslaufs bis zu seinem Eintritt in die politische Bewegung. Im Laufe der letzten zwei Jahre, so führt der Angeklagte dann weiter aus, bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß die Revolution kommt, nicht weil wir sie wollen und wünschen, sondern weil sie bedingt ist durch die historische Entwicklung. Wir können eine Revolution nicht machen, sondern nur fördern. Ich halte mich nur für einen einfachen Soldaten dieser Revolution. Ich bin überzeugt, daß die Revolution kommt, weil sie kommen muß, wenn sich auch die Arbeiter gegen die Revolution erklären. In langer bunter Erzählung berichtet dann der Angeklagte über seine Irrfahrten im Lande. In langatmigen Ausführungen schildert der Angeklagte die Vorgänge im Vogtlande und kommt dann auf die Märzaktion dieses Jahres zu sprechen. Er selbst habe damals in Mitteldeutschland den bewaffneten Kampf organisiert und geführt, und zwar in der Erkenntnis, daß der Gedanke der Befreiung des Proletariats nicht ohne Gewalt in die Tat umgesetzt werden könnte. Hölz erklärt dann ferner, daß die Arbeiter noch keinen einzigen Monarchen oder Führer der Rechtsparteien ermordet hätten, während die bürgerliche Gesellschaft Tausende von Morden auf dem Gewissen hätte. Vorl. Das ist doch alles nicht Gegenstand der Verhandlung. Hölz: Ja, das wollen Sie nicht hören. Nicht ich bin der Angeklagte, sondern die bürgerliche Gesellschaft. Mit Ihrem Urteil über Max Hölz treffen Sie nicht mich, sondern sich selbst. Durch diesen Prozeß haben Sie mehr für die Revolution getan als ich in meiner ganzen Tätigkeit. Ich vertrete alle meine Laten, sprechen Sie ruhig Ihr Todesurteil und vollstrecken Sie es. Sie können Max Hölz richten, aber nicht den Geist. Sie schlagen ein Holz ab und es stehen tausend Hölzer dafür auf. Unter diesen werden sich aber eiserne befinden, die nicht mit Ohrfeigen Revolution machen, sondern mit anderen Dingen. Das Proletariat wird ohne Waffen kämpfen, mit Häuten und Händen wird es seine Gegnerschaft zerleichen. Die sogen. Novemberrevolution war nur eine Episode.

### Die kommende deutsche Revolution

wird alle Revolutionen an Grausamkeit übertreffen, nicht weil das Proletariat grausam ist, sondern weil die Bourgeoisie gegen das Proletariat grausam vorgeht. Es wird deshalb der Tag kommen, an dem das revolutionäre Proletariat zum Tode wird. Ich betrachte das heutige Urteil als ein Schulexamen. Wenn Sie mich freisprechen, was ich mir natürlich nicht einbilde, aber gesetzt den Fall, Sie täten es, dann würde es morgen vier Lote geben, drei Richter und einen Angeklagten. Sie müßten sich aufhängen, weil Sie sich vor Ihren eigenen Koffengenossten nicht mehr leben lassen dürften, und ich müßte mich hängen, weil ich mich vor dem revolutionären Proletariat schämen müßte. Zehn Jahre Zuchthaus bedeuten für mich Jenjur 4, lebenslängliches Zuchthaus Jenjur 1, also eine gute Jenjur. Verurteilen Sie mich aber zum Tode, dann erhalte ich Jenjur 1a, die allerbeste, denn dann beweisen Sie den revolutionären Klassen der Welt, daß ein wirklicher Revolutionär sein Klassenbewußtsein mit dem Tode befestigt hat. Ich habe nie eine sogenannte bürgerliche Ehre befehlen. Sie bedeutet für mich: Knoche im Auge, voller Bauch und hohler Kopf, für mich gibt es nur eine proletarische Ehre. Es wäre für mich eine Beleidigung, wenn Sie mir die bürgerliche Ehre nicht absprechen würden. Als der Angeklagte in diesem Sinne immer weiter spricht, unterbricht ihn der Vorsitzende mit dem Bemerkten, daß das alles nicht zur Sache gehöre. Hölz kümmert sich jedoch nicht darum, sondern spricht ruhig weiter, ohne auch nur bei den Worten innezuhalten. Vorl.:

### Ich entziehe Ihnen das Wort.

(Der Gerichtshof verläßt den Saal und begibt sich ins Beratungszimmer.) Hölz (laut schreiend): Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist. — Vorl. (der noch einmal in den Saal zurückkommt): Der Angeklagte ist einstweilen abzuführen. — Hölz (schreiend): Es lebe die Gegenrevolution! Der Angeklagte wird abgeführt.

### Das Urteil.

Nach einstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Braun um 1/9 Uhr das Urteil dahin: Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag und versuchten Totschlag und wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz sowie der übrigen zahlreichen Verbrechen zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung heißt es: Der Angeklagte hat nach der Beweisaufnahme zahlreiche Bestimmungen des Strafgesetzbuches verletzt und sich des Hochverrats schuldig gemacht. Was die Hauptschuldfrage betrifft, ob er einen Mord begangen hat, so steht fest, daß er an der Tötung des Gutsbesizers Heß sich beteiligt hat. Das Gericht ist zu dieser Überzeugung gekommen auf Grund der Aussagen des Zeugen Uebe, der Frau Heß und des Zeugen Keller, dem er erzählt hat: „wir haben Heß erschossen“, ferner auf Grund der Aussage des Zeugen Boeke, dem er gesagt hat: Ich kommandierte „Um“ und da war der Mann erledigt. Das Gericht hat aber das Moment der Ueberlegung verneint, weil es nicht überzeugt war, daß der Angeklagte mit ruhiger, kalter Ueberlegung gehandelt hat und den Grundsatz: in dubio pro reo anwenden mußte. Es liegt also nur Totschlag vor.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung.

Hölz (laut schreiend): Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache. Sie sind die Hüter der Justiz. Die Justiz ist eine Hure!

Vorl.: Der Angeklagte ist abzuführen.

Hölz: Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist. Es kommt zu einer erregten Szene zwischen dem Gefangenenwärter und dem Verteidiger Justizrat Fränkl. Letzterer behauptet, daß der Wärter den Angeklagten, um ihn am Weiterreden zu verhindern, geschlagen habe. Weitere Auseinandersetzungen werden dadurch beendet, daß eine Anzahl von Schutzpolizeibeamten Hölz, der anscheinend noch weiter reden wollte, in die Mitte nahmen und ihn durch die Tür aus der Anklagebank herausdrängten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger, Rechtsanwalt Hegewisch und Justizrat Broß begleiteten Hölz bis zu seiner Zelle.



Unser Saison-Anverkauf dauert fort!

Diesige Rabatte Preise

Konfektion-Seide

Tauentzienstr. 20 \* Leipzigerstr. 64/65

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Der Freischütz

Schauspielhaus Das Glück im Winkel

Deutsches Theater

Kammerspiele

Gr. Schauspielhaus

Königgrätzer Str.

Wit dem Feuer spielen

Charlotte Schultz

Berliner Theater

Milliarden

Komödienhaus

Central-Theater

Deutsches Opernhaus

Kleines Theater

Metropol-Theater

Die blaue Mazur

American-Girl

Die Lokalbahn

Residenz-Theater

Schiller-Theat. Charl.

Bauh der Sabinerinnen

Schloßpark-Theat.

Der Ranglerbühnen

Mascottchen

Der Vetter aus Dingsda

Morgen wieder lustig!

Tranon-Theater

Lady Windermers Fächer

Die goldene Freiheit

Der Kuhreigen

Scheldungsreise

Volksbühne

Lessing-Theater

Die Ballerina des Königs

Deutsches Künstler-Theater

Geständnis

APOLLON

Die große

Tip Tip Hurrah!

Ueber 150 Mitwirk.

Wilhelm Harsteln

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9

Wenn Engel stolzen!

Reichshall.-Theater

Stettiner Sänger

Elite-Sänger

Witz! Komik!

WINTERGARTEN

Varieté-Spielplan

METRO

Behrenstraße 54

Damen-Boxkämpfe

Admirals-Palast

Schloßbrauerei

Schöneberg

Ringkämpfe

Schau-Burg

Herrnfeld-Gastsp.

Wer ist der Vater?

Kriegsgewinnler

Liebe en gros

U.S. MAIL S.S.C.



Regelmäßige Abfahrten

BREMEN NEWYORK

Vorzügliche Reisegelegenheit

Auskunft und Fahrscheine durch

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

in Berlin: Norddeutscher Lloyd Kajüten-

Metallankaufsstelle

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Zinn u. Blei

Metallschmelzwerke

Messe für REKLAME

UND WERBWESEN

BERLIN-18. 26. JUNI

FRIEDRICHSTR. 110-112

(ERNST-PASSAGEKAUFHAUS)

Diebstahlversicherung

Der Ideenwettbewerb

um Vorentwürfe für ein Krieger-Gedenkmal

Preisrichter: Oberbürgermeister Stapenhorst

Preis: 4000 RM., 2. Preis: 2000 RM., 3. Preis: 1000 RM.

Demnächst erscheint!

E. VARGA:

Die Krise der kapitalistischen

Weltwirtschaft

72 Seiten

Zu beziehen durch die

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Gahnbley

Hamburg 11

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M.

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind

Verkaufe

Geschäftsverkäufe

Mobel

Musikinstrumente

Fahrräder

Kaufgesuche

„Braunschweiger Volkstrend“

leitender Redakteur

Leitung des Redaktions

Leitung des Redaktions

All-Metalle

laut laufend

Purbuffer Str. 30 v. 1

Mirbachstr. 4, Hof

Uranium-Blei

Zur Ausscheidung aller schaden-

und kranken Stoffe aus

Blut und Säften, gegen Blut-

andrang, rötes Gesicht, Haut-

unreinigkeiten ist mein Blut-

reinigungspulver seit 20 Jahren wirksam er-

probt. M. 4.50, Abl. 3 Sch. 13.00,

Otto Reichel,

Berlin 43, 50, Eisenbahnstr. 4

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*

3560\*





<b>Sommerblusen</b> aus praktischem Baumwoll-Muselin . . . . .	16 <sup>50</sup>	<b>Sommermäntel</b> aus leichten, guten, hellen und dunklen Stoffen . .	98 <sup>00</sup>
<b>Sommerblusen</b> aus Batist oder baumwollenem Flanell, Sportform . .	19 <sup>50</sup>	<b>Sommerkleider</b> aus weißem Voile od. farb. Leinen in flotten Formen	59 <sup>00</sup>
<b>Sommerblusen</b> aus fein. Voile, aus baumwoll. Flanell, aus gut. Zephir	29 <sup>50</sup>	<b>Mantelkleider</b> aus reinwoll. Kammgarnstoffen, elegante Machart	195 <sup>00</sup>
<b>Kleiderröcke</b> aus guten praktischen Stoffen . . . . .	9 <sup>75</sup>	<b>Sportjacken</b> aus reinwollenem Strickstoff, flotte Formen, in allen Sportfarben . . . . .	165 <sup>00</sup>
<b>Kleiderröcke</b> aus weißem oder farbigem besten Frotte	69 <sup>00</sup>	<b>Sportjumper</b> aus reinwollenem Strickstoff, jugendliche Formen, in allen Sportfarben . . . . .	95 <sup>00</sup>
<b>Kleiderröcke</b> aus wollenen, feinen Stoffen in marine . . . . .	98 <sup>00</sup>	<b>Kinder-Waschkleider</b> Größe 50-75 29 <sup>50</sup> Größe 80-100 39 <sup>50</sup>	
<b>Jackenkleider</b> aus reinwoll. Stoffen, Jacke auf guter Halbseide	295 <sup>00</sup>	<b>Kindermäntel</b> Größe 50-75 78 <sup>00</sup> Größe 80-100 125 <sup>00</sup>	
<b>Jackenkleider</b> aus feinem, reinwoll. Gabardin, in der beliebten Sandfarbe, Jacke auf reiner Seide	590 <sup>00</sup>	<b>Badiltschmäntel</b> aus reinwollenen, hellen Stoffen, viele flotte Formen . . . . .	195 <sup>00</sup>
<b>Impr. Mäntel</b> aus feinem leichten Covercoat oder reinwollen. Sportstoffen . . . . .	195 <sup>00</sup>	<b>Morgensröcke</b> aus leinenartigen Stoffen, mit türkischem Muster . . . .	68 <sup>00</sup>
<b>Seidenmäntel</b> aus reiner Seide imprägniert in allen Farben	295 <sup>00</sup>	<b>Unterröcke</b> aus reiner Seide, viele Ausführungen . . . . .	125 <sup>00</sup>

In der Salon-Abteilung:  
**Sämtliche Modelle** zum Teil **bis zur Hälfte** herabgesetzt

*Änderungen und Zusendungen ausgeschlossen*

# Maassen

Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz)      Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafstr.)

## Bekanntmachung!

### Meine dritte große Versteigerung von zirka 200 Kraftwagen

findet am Donnerstag, den 30. Juni 1921, vormittags 10 Uhr, durch den gerichtlich vereidigten Sachverständigen für das Kammer- und Landgericht I, Taxator und öffentlich angestellter Versteigerer, Herrn August Welwerth, Berlin SW 47, Rahbachstraße 14, auf meinem Lagerplatz in Berlin-Friedenau, Hauptstraße 81/82, gegen über dem Friedenauer Rathaus, statt.

### Last-, Liefer- und Personenautomobile

allererster Marken gelangen in teils mehr, teils weniger reparaturbedürftigem Zustande zur Versteigerung. Es handelt sich diesmal um die wirklich günstigste Einkaufsmöglichkeit, da sich bei diesem Objekt Wagen befinden, bei denen die Reparaturkosten nur noch ganz minimal sind. So bietet sich diesmal für Händler und Reparaturwerkstätten und

#### Fabriken der Metallbranche, um ihre Arbeiter zu beschäftigen,

eine günstige Gelegenheit, mit den geringen Mitteln von wenigen tausend Mark Last- oder Personenwagen zu erwerben, die nach Fertigstellung der Reparatur entweder außerordentlich vorteilhaft für den eigenen Bedarf sind oder auch vorzügliche Handelsobjekte darstellen, welche mit gutem Gewinn jederzeit unterzubringen sind. — Besichtigung am Mittwoch, den 29., und am Donnerstag, den 30. Juni, von 7 Uhr morgens an. 500 M. Bietekautions, die nach der Auktion verrechnet oder zurückgezahlt werden, müssen an der Kasse deponiert werden. Zahlung auch durch Scheck gestattet. Auf die Versteigerungpreise erhalten legitime Händler, damit diesen Gelegenheit geboten wird, für ihre Kunden zu steigern, 10 Prozent Rabatt. Versteigerungsliste wird auf Wunsch zugesandt.

Telefon: Egerplatz Rheingau Nr. 164      **Vittor Schuppe, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 6**      Tel.: Geschäftstotal Ebg. 8296, Str. 7820

## Wirth über sein Steuerprogramm.

Die gestrige Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats wurde durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth eröffnet über die Frage der Dedung der aus dem Ultimatum erwachsenden Verpflichtungen. Der Reichskanzler wies zu Beginn seiner Rede auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Herstellung der neuen Gesetzentwürfe dadurch ergeben, daß eine ganze Reihe von Instanzen an der Befestigung mitarbeiten wollen. Als schwerste Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung bezeichnete er die Lösung der Frage, wie neben einer gemäßigten Befestigung des Konsums, etwa durch einen Ausbau der Umsatzsteuer, auch der Besitz in hohem Maße zu den Lasten herangezogen werden kann. Hierfür kommt entweder eine Umformung des Reichsnotopfergesetzes oder ein Ausbau der Reichsvermögensteuer in Frage, worüber zurzeit Erwägungen im Reichsfinanzministerium im Gange sind. Es ist wahrscheinlich, daß dem Reichswirtschaftsrat darüber schon in der nächsten Woche genaue Mittheilung gemacht wird. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Dedung zu geben, schiederte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe, die zurzeit in Arbeit und bis zu einem gewissen Abschluß schon gefasst sind. Genannt wurden die Zuckersteuer, die Einführung des Salkstoffmonopols, die Veränderung des Branntweinmonopols, die neue Ackerpachtsteuer, die Rennwettsteuer, Leucht- mittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Biersteuer und Mineralwassersteuer. Die Entwürfe sind sämtlich im Kabinett genehmigt. Geplant sind ferner eine Kapitalertragssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer, deren Vorarbeiten soweit gediehen sind, daß das Kabinett demnächst darüber beraten kann. Eine Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao und fertige Erzeugnisse ist vorgesehen. Besprochen wird zurzeit die Frage der Erhöhung der Kofensteuer, deren wirtschaftlichen Folgen eingehend vorher geprüft werden müssen. Der Reichskanzler gab zu den genannten Steuern kurze Angaben über die erwarteten Erträge und den aus allen erwarteten Gesamtertrag, die jedoch für vertraulich erklärt wurden. Er sagte aber zu, am Mittwoch, den 29. d. M. eine umfassende Darstellung der Pläne der Reichsregierung mit ausführlichem Zahlenmaterial zu geben, die dann der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könne.

Anschließend an die Rede des Reichskanzlers beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung des Ackerpachtgesetzes. Die Steuer soll auf 30 v. H. des steuerbaren Einkommens für die Erwerbsgesellschaften erhöht werden. Die Teilung des Einkommens für die Besteuerung in gesamtes, steuerbares Einkommen und ausgeschüttetes Einkommen ist fallen gelassen worden. Die Erhöhung der Steuer wird durch eine Milderung der Besteuerung des Dividenden Einkommens in der Hand der Bezüger durch den neuen § 12 teilweise ausgeglichen. Nach einer längeren Erörterung der volkswirtschaftlichen Wirkungen der Steuererhöhung wurde eine Arbeitskommission aus 12 Mitgliedern zur Beratung des Gesetzes eingesetzt, deren erste Sitzung am Mittwoch nachmittags stattfand. Für die nächsten Sitzungen des Reparationsausschusses, die am Dienstag und Mittwoch nächster Woche stattfinden, hat der Reichskanzler ebenfalls sein Erscheinen zugesagt.

## SPD.-Selbstschutz gegen Orgeßch.

Breslau, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Drei hiesige Funktionäre unserer Partei, Landtagsabgeordneter Winger, Edstein und Rache, erloschen heute, nachdem der Breslauer Bezirksausschuss eine Reihe von Verbänden gegen den Orgeßchverband, wie gewohnt, aufgehoben hat, einen Gegenaufruf zur Gründung eines proletarischen Selbstschutzes verbandes. Der Aufruf betont im Gegensatz zu den realistischen und letzten Endes antirepublikanischen Zwecken der Orgeßchorganisation als Zweck des proletarischen Selbstschutzes die Unterstützung der Reichsregierung und den Schutz der republikanischen Verfassung. Im einzelnen formuliert er den Zweck des Verbandes in engster Anlehnung an den Wortlaut der Programmklärung der Organisation Escherich und ihres schlesischen Unterverbandes. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Aufruf von republikanischer Seite nun von den behördlichen Stellen ebenso rüchrichtig behandelt werden wird wie die Orgeßch, nachdem sie in Schlesien ein legales Mäntelchen umhängt hat.

Wenn die Kommunisten diese Aktion von sozialdemokratischer Seite in ihrem Sinne deuten, werden sie allerdings bald einsehen müssen, daß sie sich verrechnet haben. Die Reichsregierung aber, die sich soeben zur Auflösung der Organisation Escherich völkerrechtlich verpflichtet, wird sich durch die proletarische Gegenaktion, die die Lage Rechtspraxis untergeordneter Organe in Schlesien provoziert hat, endlich auch zu eigenem Vorgehen gedrängt sehen.

## Bürgerblock gegen Scheidemann.

Kassel, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Die bürgerlichen Parteien Kassels können immer noch nicht vermindern, daß ein Sozialdemokrat Oberbürgermeister der einstigen Residenzstadt geworden ist. Im „Kasseler Tageblatt“ wird eine große Protestkundgebung der Kasseler Bürgerschaft angekündigt mit dem Thema: „Kassel und sein Oberbürgermeister.“ Redner ist ein „demokratischer“ Bankier. Einberufen wird die Versammlung vom Bürgerbund, der deutschdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, vom Zentrum und von der Deutschen Nationalen Volkspartei. Alle bürgerlichen Parteien haben sich also gegen Scheidemann zusammengesunden.

Was hat der Kasseler Oberbürgermeister angerichtet, daß diese Protestkundgebung erfolgt? Man denke, er hat in einer gemeinsamen Kundgebung aller Sozialisten der Gewaltregime in Bayern protestiert. Scheidemann hat das Kunststück fertiggebracht, daß auch die Kasseler Kommunisten jegliche Gewaltpolitik abschwören und der Republik Treue geloben. Statt solche politischen Leistungen anzuerkennen, fühlen sich die Kasseler Spießbürger aller Parteien ins Herz getroffen, wenn Scheidemann gegen die Reaktion die Stimme erhebt und rufen zu einem Kassefeldzug gegen ihn auf.

## Zwischengesetz für Groß-Berlin?

Der Hauptausschuss des Bundtages setzte am Mittwoch die Vorberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Abg. Krüger (Soz.) spricht gegen den Eilentscheidungsantrag des Zentrums und verlangt Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen. Der Redner erörtert weiter die Verhältnisse der Schulpolizei. — Staatssekretär Freund teilt mit, daß gegen die Beamten, die den Eid noch nicht geleistet hätten, das Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Abg. Lüdke (Dnt.) verlangt für den Fall der Ungültigkeitserklärung der Groß-Berliner Staatsverordnungen die Schaffung eines Ueberganges. Anhänger verfassungstreuer Parteien dürfen von den Beamten nicht ausgeschlossen werden. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters wird in der Groß-Berliner Frage voraussichtlich dem Bundtage ein Zwischengesetz für die Uebergangszeit vorgelegt werden.

# Die Grubenkatastrophe vor dem Reichstag.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstages stand zunächst die Interpellation Trimbom (Zentr.) über das

## Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Auf Anfrage des Präsidenten Löbe sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Hoffnung aus, daß die Untersuchung noch in dieser Woche abgeschlossen wird und die Beantwortung der Interpellation Anfang nächster Woche erfolgen kann. Die Regierung benutzt diesen Anlaß aber schon heute, um den hartgeprüften Opfern der Katastrophe ihr herzlichstes Beileid auszudrücken in der Ueberzeugung, daß das Haus sich dieser Beileidskundgebung anschließt.

Zum gleichen Gegenstand ist eine sozialdemokratische Interpellation eingegangen, sowie ein Antrag der U. Soz. auf sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Abg. Hue (Soz.) verlangt, daß bei der Untersuchung auch Bergarbeiter zugezogen werden, damit sie nicht allein den Behörden überlassen bleibt. — Reichsarbeitsminister Dr. Brauns will diesen Wunsch an das preussische Handelsministerium weitergeben.

Die Vorlage zur Veränderung der Reichsversicherungsordnung wird dem sozialpolitischen Ausschuss, das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Eine Abänderungsvorlage zum Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgewehr, welche die Einfuhr von Marinekriegsmaterial ausdrücklich verbietet, wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen. — Die neue Fernsprech-Gebührenvorlage geht an den Postgebühren-Ausschuss.

## Dritte Lesung des Mietabgabegesetzes.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens. Der Gesetzentwurf wird mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Die Gesamtabstimmung wird zurückgestellt.

## Gesetz über den Volksentscheid.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes über den Volksentscheid beantragt Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.), daß bei den Abstimmungen die Stimmzettel nicht in den Abstimmungsräumen, sondern vor ihnen ausgelegt werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt. — Abgelehnt wird auch ein Antrag Radbruch (Soz.) zu § 29, daß das Prüfungsverfahren stets nach Ablauf von drei Monaten nach der Abstimmung beginnen soll.

§ 27 verlangt für den Zulassungsantrag des Volksbegehrens 5000 Unterschriften.

Abg. Brodau (Dem.) beantragt, diese Zahl bei Zulassungsanträgen nach Art. 73 Abs. 3 der Reichsverfassung auf 100 000 festzusetzen. — Ein Regierungsvertreter bekämpft den Antrag mit dem Hinweis, daß keineswegs durch die 5000 Stimmberechtigten ein Volksentscheid zustande gebracht werden könne, sondern nur ein Volksbegehren. — Die Abstimmung wird vorläufig ausgesetzt. Es erfolgt nun die zurückgestellte namentliche Abstimmung über das

## Misstrauensvotum der Deutschnationalen

wegen der Haltung des Reichskanzlers in der Frage der Ergänzungsprüfung der Sekretäre. Das Misstrauensvotum wird mit 67 gegen 210 Stimmen bei 45 Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Deutschnationalen und Kommunisten, die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Abstimmung.

Abg. Pfeiffer (Rom.) gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, daß sie nur deshalb für das Misstrauensvotum stimmte, weil ein einstimmiger Beschluß des Reichstages mißachtet worden sei, nicht aber, um die demagogische Agitation der Deutschnationalen zu unterstützen. (Heiterkeit.)

Darauf folgt die Gesamtabstimmung über die Vorlage zur Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens. Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Sodann wird die Beratung des Gesetzes über den Volksentscheid fortgesetzt, und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaus mit einer Einschließung, die die Reichsregierung ersucht, die Entschädigung möglichst im Wege des Vertrages mit den Unternehmungen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten festzusetzen.

## Es folgt darauf die zweite Beratung des Gesetzes über den

## Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals.

Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor, in der die Reichsregierung ersucht wird, den Waffengebrauch des Militärs und der Beamten baldigst zu einer zusammenfassenden gesetzlichen Regelung zu führen.

Abg. Kistau (U. Soz.): Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab, weil er für die Grenzbevölkerung eine außerordentliche Gefahr bedeutet.

## Abg. Radbruch (Soz.):

Auch wir haben gegen die Fassung des Gesetzentwurfs die ernstesten Bedenken. Unser Antrag geht dahin, daß man bei Sezierungsfällen den Waffengebrauch unterlagert und ihn auch nur gestattet bei Fluchtversuchen nach vorheriger Täuschung gegen den Beamten. Einer Wiederholung des Falles Söllt muß entschieden vorgebeugt werden.

Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen, die die Einschränkung des Waffengebrauchs der Grenzbeamten bezwecken, werden darauf mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt und das Gesetz in der alten Fassung angenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) widerspricht der dritten Lesung, da die Mehrheit die Anträge abgelehnt hat und also den Mordern weiter Vorschub leisten wolle. (Lachen und Huhu-Rufe rechts.)

## Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den

## Staatsgerichtshof.

Zu § 1 begründet der Abg. Radbruch (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag: Wir wollen vor allem auch die Kriegsschuldigen vor das Forum des Staatsgerichtshofs ziehen, um die politische Atmosphäre von diesen Dingen zu reinigen. Dem Staatsgerichtshof soll jeder Beamte zur Aburteilung übergeben werden können, der in gesetzwidriger Weise sich gegen die Interessen des Staates verhält. Die Verurteilung hat keine strafrechtlichen Folgen als den Verlust des Amtes. Schließlich wollen wir, daß die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes erfolgt nicht im Namen des Deutschen Reiches, sondern des Deutschen Volkes. Wir haben von der Rechten gelernt, welche Bedeutung auch den scheinbar äußerlichen politischen Formen zukommt. Diese Beispiele geben der Jugend einen viel besseren staatsbürgerlichen Unterricht als 100 Exemplare der Reichsverfassung.

§ 1 und 2 werden unter Ablehnung der unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge in der Ausschussfassung angenommen. Bei § 3 wird abgelehnt ein deutschnationaler Abänderungsantrag, sowie ein unabhängiger Antrag, die Mitglieder des Staatsgerichtshofes durch den Reichstag wählen zu lassen. Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung aller sozialdemokratischen und unabhängigen Verbesserungsanträge angenommen.

Sodann wird der Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Es wird noch ein Antrag der Unabhängigen auf die Tagesordnung gesetzt, der die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern des Reichstages

zur Aufklärung des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis fordert.

Abg. Rosemann (U. Soz.): Das Unglück muß möglichst rasch aufgeklärt werden; wir fordern dazu die Einsetzung eines Reichstagsausschusses.

Abg. Hue (Soz.): Wir halten die Einsetzung eines Ausschusses für unbedingt notwendig, der eine sorgfältige Prüfung der noch völlig ungeklärten Verhältnisse vornehmen soll. Es ist unzulässig, wenn man Vertreter der Bergbehörden, die für die Zustände in den Gruben verantwortlich sind, zu einer Untersuchung hinzuzieht. Die Vertreter des Betriebsrats müssen hinzugezogen werden. Damit schaffen wir den Bergarbeitern die Gewißheit, daß vom Reichstag alles getan wird, um eine Klärung der Dinge herbeizuführen.

Abg. Gohslein (Dem.): Wir bitten um Zurückstellung des Antrags bis zur Interpellation.

Abg. Hue (Soz.): Die unverantwortlichen Vertreter der Bergbaubehörden haben überhaupt kein Recht, an den Untersuchungen teilzunehmen. Sie sind zunächst die Schuldigen (schärfster Widerspruch rechts) und müssen sich erst von der Anklage reinigen. Vor allen Dingen müssen

## die Betriebsräte an der Untersuchung teilnehmen.

Aber ihre Stellung auf den Zechen ist meistens so, daß sie überhaupt keinen Einfluß gegenüber den Bergbaubehörden geltend machen können, wie es unter dem alten Regime war. Die Vertreter der Bergbaubehörden müssen suspendiert werden, bis der ganze Sachverhalt geklärt ist. Die bisherigen amtlichen Berichte der preussischen Regierung über frühere Unglücksfälle waren meistens irreführend. Man hat erst die wahren Ursachen zugegeben, als man sie nicht mehr vertuschen konnte.

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.): Wir verlangen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf Grund der Reichsverfassung.

Abg. Imbisch (Z.): Wir müssen einen ständigen Untersuchungsausschuss, der aus Fachleuten besteht, für derartige Angelegenheiten einsetzen. Ferner sollten wir in den Bergbauverwaltungen ständige Kommissionen haben, die sofort am Unglücksort Untersuchungen anstellen können. Wenn die Betriebsräte, wie der Abg. Hue meint, bisher schlecht behandelt worden sind, so sind sie meist selbst daran schuld. (Unruhe links.) Von den Verabredungen hat Herr Hue keine Ahnung. (Zustimmung rechts. — Unruhe links. Zuruf links: Sie wollen den Antrag todtreden!) An dem Unglücksort bestand ein kommunistischer Betriebsrat. (Lärm links.)

Reichskanzler Bauer spricht den Angehörigen der Opfer im Namen der Reichsregierung das tiefste Mitgefühl aus. Die Reichsregierung wird in Verbindung mit der zuständigen preussischen Regierung für die Hinzuziehung von Arbeitervertretern bei der Prüfung der Frage sorgen. Ich schlage Ihnen Schluß der Debatte vor, damit die Regierung inzwischen Stellung nehmen kann.

Abg. Braß (Komm.): Man sträubt sich gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur in der Befürchtung, die Schuld der Bergbaubehörden und besonders des Kapitals könne festgestellt werden.

Inzwischen ist ein

## Vertagungsantrag der bürgerlichen Parteien

eingelaufen, über dessen Zulässigkeit sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt.

Präsident Löbe: Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist inzwischen von drei Fraktionen mit zusammen 193 Mitgliedern eingebracht worden. Damit erachte ich die Voraussetzung für gegeben, daß ein Antrag des Hauses den Antrag gestellt hat, und erachte, daß eine Debatte nicht mehr nötig ist. Die Einsetzung des Ausschusses ist also beschlossen.

Abg. Hue (Soz.) persönlich: Eine meiner Redewendungen soll den Eindruck erweckt haben, als ob ich die Bergbehörde ohne weiteres als schuldig hinstellte hätte. (Zuruf rechts: Jawohl!) Ich habe die Behörde aber nur als Ankläger, nicht als Schuldige hingestellt. Reichsarbeitsminister Brauns: Die Reichsregierung hat natürlich nichts gegen den Ausschuss einzuwenden.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Lohnsteuer, Kleine Vorlagen, Nachtragetat. Schluß 5 Uhr.

## Untersuchung über Mont Cenis.

Berlin, 22. Juni. (MTB.) Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Zur Untersuchung der Ursache des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis sind der Ober-Berghauptmann und die zuständigen Dezerenten aus dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe heute morgen in Herne eingetroffen. Der Handelsminister begibt sich heute abend ebenfalls dorthin, um sich über den Stand der Untersuchung zu unterrichten. Der Minister hat den Betriebsrat der Zeche Mont Cenis telegraphisch gebeten, den Angehörigen der getöteten Bergleute, den Verletzten und der Belegschaft das tiefste Mitgefühl der preussischen Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Herne, 22. Juni. (MTB.) Auf der Zeche Mont Cenis hat heute die Bergbehörde unter Hinzuziehung des Betriebsrates eine weitere ausgiebige Befahrung der Grube vorgenommen, die von 7½ Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags dauerte. Auch diese Befahrung und die nachfolgende eingehende Besprechung hat eine Aufklärung der Ursachen des Unglücks nicht ergeben.

Der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes bestätigt, daß eine Konferenz mit dem Betriebsrat gleichfalls keine Aufklärung über die Ursachen der Explosion ergeben hat.

## Drei weitere Opfer.

Bochum, 22. Juni. Die Zahl der Todesopfer beim Schlagmetterunglück der Zeche Mont Cenis hat sich um zwei weitere, ihren schweren Verletzungen erlegene Opfer vermehrt. Von den übrigen im Bergmannshell befindlichen Schwereverletzten schweben sechs in Lebensgefahr.

## Beileid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an die Gewerkschaft Mont Cenis folgendes Beileidstelegramm gerichtet: Mit tiefer Trauer erhalte ich die Nachricht von dem schweren Grubenunglück und bitte Sie, den so schwer betroffenen Familien meine herzlichste Teilnahme auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

## Auflösung des Wachregiments Berlin.

In Berlin garnisonierte seit einigen Monaten ein sogenanntes „Wachregiment Berlin“, das sich aus Truppenteilen der einzelnen Reichwehrrbrigaden sämtlicher Länder zusammensetzte. Dieses Regiment machte vor einiger Zeit schon von sich reden, als man sich in Vohren gegen die teilweise Verlegung bayerischer Truppen nach der Reichshauptstadt, zu deren Schutz das Wachregiment gebildet war, auflehnte. Obwohl diese Truppe in dem durch den Friedensvertrag zugelassenen Bestande des Reichsheeres sich bewegte, hat der Vorsitzende der Ältesten Militärschutzkommission in Berlin, General Kollet, jetzt doch die Auflösung des Regiments verlangt. In Erfüllung des Ultimatus ist die deutsche Regierung diesem Verlangen nachgekommen und der Reichswehrminister hat bereits den Befehl zur Auflösung und zur Rückkehr der einzelnen Kompagnien in ihre Standorte in den Ländern erlassen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen.

In allen Betrieben, in welchen ein Arbeiter- oder ein Angestelltenrat besteht, können sich Arbeitnehmer im Falle ihrer Kündigung, wenn sie sich dadurch benachteiligt fühlen, auf Grund des § 84 des Betriebsvertrages an die Betriebsvertretung wenden. Nach § 86 des Betriebsvertrages hat in solchen Fällen der Arbeiter- oder Angestelltenrat einen derartigen Einspruch auf seine Berechtigung zu prüfen. — Erscheint der Betriebsvertretung die Kündigung nicht begründet, so ist sie verpflichtet, zu versuchen, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eine Verständigung herbeizuführen. Wenn die Verständigung nicht gelingt, kann von dem Arbeiter- oder Angestelltenrat der Schlichtungsausschuss angerufen werden; es kann sich aber auch der betroffene Arbeitnehmer direkt an den Schlichtungsausschuss wenden. — In sehr vielen Fällen haben sich bisher einzelne Arbeitnehmer an die Schlichtungsausschüsse gewandt, auch wenn die Betriebsvertretung ihre Kündigung für begründet erachtet oder sich mit dem Arbeitgeber wegen ihrer Kündigung verständigt hatte. Da deren menschlich ist und auch Betriebsvertretungen sich irren können, konnte an sich gegen eine solche Praxis nichts eingewendet werden. Der Reichsarbeitsminister (Reichsarbeitsblatt 12 von 31. Dezember 1921, S. 447, Befehl I A 4038 vom 4. Dezember 1920), der Demobilisierungskommissar von Groß-Berlin (D M II 54 084 vom 8. Februar 1921), und auch der Preussische Minister für Handel und Gewerbe (S. Nr. III/5207 vom 20. April 1921), wenden sich jedoch übereinstimmend gegen die Auffassung, daß auch der einzelne Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuss anrufen kann, wenn die Betriebsvertretung sich mit seiner Kündigung einverstanden erklärt hat und begründen diese ihre Ansicht damit, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft, durch das Betriebsratsgesetz ausschließlich in die Hand der Betriebsvertretungen gelegt worden sei. Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse wird durch diese Bescheide an sich nicht beeinträchtigt, doch wird in Zukunft in solchen Fällen nicht mehr damit zu rechnen sein, daß die ordentlichen Gerichte gegebenenfalls derartige Schlichtungsausschüsse für vollstreckbar erklären werden.

Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen bei Entlassungen und die Rechte der Belegschaften hieraus resultieren auf Grund des Betriebsvertrages gewissermaßen in drei Teile.

1. Die Betriebsvertretung hat, wenn der gekündigte Arbeitnehmer sie anruft, selbständig zu entscheiden, ob sie die Kündigung für begründet hält oder nicht. Hält sie dieselbe für begründet, dann kann der betroffene Arbeitnehmer Rechte aus dem Betriebsvertragesgesetz nicht mehr geltend machen.

2. Hält die Betriebsvertretung dagegen die Kündigung für unbegründet, dann soll dieselbe eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeiführen. Diese Verständigung muß natürlich zwischen dem gekündigten und dem Arbeitgeber erfolgen. Es würde dem Sinne des Betriebsvertrages nicht entsprechen, wenn sich der Betriebsrat mit dem Arbeitgeber allein verständigt, während der eigentliche Leidtragende, nämlich der gekündigte, nicht hinzugezogen würde und auch mit der vorgenommenen Regelung seines Falles nicht einverstanden ist.

3. Gelingt ein auf diese Weise eingeleiteter Verständigungsversuch nicht, dann ist der Schlichtungsausschuss anzurufen und wenn die Betriebsvertretung dies selbst nicht tun will, dann kann der Betroffene den Schlichtungsausschuss anrufen.

Im ersten Teil des Verfahrens muß also die Betriebsvertretung einen Entschluß fassen, im zweiten Teil des Verfahrens hat sie Verständigungen herbeizuführen und im dritten und letzten Teil des Verfahrens soll sie den Schlichtungsausschuss anrufen oder den Betroffenen veranlassen, dies selber zu tun. Die Rechte und Pflichten der Betriebsvertretung sind also für die Belegschaft von sehr weittragender Bedeutung. Infolge der Wirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Abwendung auf andere wichtige Probleme wird die Wichtigkeit dieser Funktionen der Betriebsvertretung von den Belegschaften nicht genügend beachtet, die Verantwortung der Betriebsvertretung dagegen noch erheblich vergrößert. Die Belegschaften müssen daher in ihrem eigenen Interesse, um sich ihre Rechte aus dem Betriebsvertragesgesetz zu sichern, den größten Wert darauf legen, nur Betriebs-

vertretungen zu wählen, die imstande sind, ihre Aufgaben wirklich zu erfüllen. Die Betriebsvertretungen dagegen müssen jede Kündigung streng sachlich und objektiv prüfen und sich immer vor Augen halten, daß sie die Belegschaften gegenüber dem Unternehmen zu vertreten haben.

Je gründlicher die Prüfung der Kündigungen von einer Betriebsvertretung vorgenommen wird, um so leichter wird es, falls eine Verständigung mit dem Unternehmer und dem gekündigten selbst unmöglich ist, vor dem Schlichtungsausschuss zu bestehen, den betroffenen Arbeitnehmern zu ihren Rechten zu verhelfen, weil vor dem Schlichtungsausschuss die Stichhaltigkeit der Argumente der Betriebsvertretung ausschlaggebend sein werden. Notwendig ist außerdem, daß die Belegschaften sich nicht nur reiflos freigewerkschaftlich organisieren, sondern auch nur solche Betriebsvertretungen wählen, welche auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehen, da jedes Gesetz seine eigentliche Bedeutung erst durch die Körperschaften erhält, welche sich für seine Durchführung einsetzen.

Cl. Körperl.

## Ist Fensterputzen ein Handwerk?

Der Verband der Reinigungsunternehmer Deutschlands, bestehend aus Inhabern gewerblicher Glasreinigungs-, Wäschereibetriebe und anderen, will in der Tagespresse Stimmung machen für die Anerkennung dieser Berufstätigkeit als Handwerk. Daß es sich für die Unternehmer dieser nützlichen Betriebe nicht etwa um die Fälschung des Meistertitels handelt — Fensterreinigungsmeister, Wäschereireinigungsmeister oder -meisterin — sei zugegeben. Man will eine korporative Zusammenfassung der einzelnen im Reich bestehenden Arbeitgeberverbände der Reinigungsbranche, um die Vertretung seiner Mitglieder in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden zu übernehmen. Daran geht hervor, daß die Forderung der Anerkennung als Handwerk die Absicht zur Gründung liegt, die Vorteile zu nützen, die sich aus der rücksichtlosen Verfassung der Handwerksgelehrung für die Unternehmer ergeben. Zwangsinnungen, Annahme von Lehrlingen, Kost- und Logiszwang, Junungschiedsgerichte usw. Den Unternehmern dieser Branchen ist es natürlich unbenommen, ihre Interessen so zu vertreten, wie sie es für notwendig erachten; ob in dieser oder jener Form ist dabei ziemlich gleichgültig.

Es ließe jedoch der Begriff des Handwerks auf den Kopf stellen, wollte man zugeben, daß das Fensterputzen und das Wäschereihandwerk vermögensmäßige Arbeiten seien. Umsonstiger besteht Veranlassung, das Heer der Kuppelherren der verarbeitenden Handwerksgelehrung zu vermehren und damit die Widerstände gegen die Reform des Lehrlingswesens zu verhärtigen.

Bei aller Sympathie für diese unentbehrlichen Unternehmungen — wir würden sie eher als lebenswichtig, denn als handwerksmäßig gelten lassen. Sie werden weiter bestehen, auch ohne Anerkennung als Handwerk.

## Gemeinsame Rundgebung der drei Gewerkschaftsgruppen in der Tschechoslowakei.

In dem kleinen Lande des neuen republikanischen Staates bestehen drei proletarische Gewerkschaftsgruppen und zwar der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund (Sitz Prahburg), der deutsche Gewerkschaftsbund (Sitz Reichenberg) und die tschechische Arbeitergemeinschaft (Sitz Prag). Der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte es dahin, daß diese drei Richtungen zum ersten Male seit dem Bestande der Tschechoslowakischen Republik am 18. Juni in Prag zu einer gemeinsamen Beratung zusammenkamen. Außer den 70 Vertretern waren vertreten der deutsche Klub sozialdemokratischer Abgeordneter, der Klub der tschechischen Sozialdemokraten und der Klub der tschechischen Nationalisten, sowie verschiedene Regierungsstellen. Dort wie bei uns die Frage der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, Betriebsratsfragen, während dort die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung noch erfolgen muß. Die an diesen Gegenständen der Beratungen eingebrachten Entschlüsse wurden alle drei einstimmig angenommen. Ein Beweis, daß auch in unserer Nachbarrepublik trotz der politischen Differenzen, die Gewerkschaften sich im Grunde genommen einig sind, einig sein müssen, weil sie ohnedem keinen Schritt vorwärts kommen. In den Schlussworten betonten die Vorsitzenden Stetigkeit und Wohl die außerordentliche Bedeutung, die dieser ersten gemeinsamen Tagung zukommt, weiter aber, daß es nicht das letzte Mal sei, eine derartige Beratung zu pflegen, weil es einheitlichen wirtschaftlichen Kampfsätzen gilt und geschlossenem Eintreten für sie. Im Kampfe um ihre Rechte und um

den Sozialismus gegenüber dem Unternehmertum und der Staatsverwaltung bedarf es der Einheit und Geschlossenheit, wie die „Gewerkschaftliche Rundschau“ in Reichenberg mit Recht betont. Sie hofft, daß diese Tagung den ersten und erfolgreichen Schritt bedeutet zur Realisierung dieser Erkenntnis.

## Gegen die Moskauer in Berlin.

Die Betriebsrätekonferenz der städtischen Betriebe, Verwaltungsbezirk 17 (Nichtenberg) am Dienstag beschloß sich mit den empörenden Vorgängen im Berliner Gewerkschaftshaus. Die Diskussion ergab, daß die anwesenden Betriebsratsmitglieder die Vorgänge aufs schärfste verurteilten und sich auf nachstehende Resolution einigten:

Die versammelten Angestellten- und Arbeiterräte des Verwaltungsbezirks 17 sprechen über die gefürchten Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus ihren tiefsten Abscheu und den Drahtziehern und Strohmannern dieser Aktion ihre tiefste Verachtung aus. Um derartige für die organisierte Arbeiterkraft schmachvollen Vorgänge zu verhindern, erklären wir, mit den schärfsten Mitteln gegen diejenigen Elemente vorzugehen, die diese Aktion direkt oder indirekt unterstützen. Wir erwarten von den anwesenden Betriebsratsmitgliedern (Arbeiter- und Angestelltenräte), daß sie sich voll und ganz auf den Boden der freien Gewerkschaftsbeschlüsse stellen und dafür Sorge tragen, daß derartige Vorfälle in Zukunft unterbleiben.

Aus der Tierärztlichen Hochschule wird uns zu der Notiz über fäurige Lohnzahlung folgendes mitgeteilt: Die Reaktion in dieser Institution ist heute wieder fest im Sattel. Der Betriebsrat ist ohnmächtig gegen die Geheimratsherrschafft, so daß es auch bis heute noch nicht möglich war, die für den Mai fällige Gehaltszahlung durchzuführen. Man geht hoffnungsvoll über die Klagen der Angestellten und Beamten hinweg. Der mit der Hochschule abgeschlossene Tarif sieht wöchentliche Lohnzahlung vor, aber die Behörde erklärt, daß für sie eine solche Zahlung unmöglich sei, ohne vielleicht daran zu denken, daß sie sich hierdurch der größten Unfähigkeit bezichtigt. Die achtstündige Arbeitszeit, die ja auch für die Tierärztliche Hochschule vorgeschrieben ist, wird nicht innegehalten, sondern eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden pro Tag ist die Regel und das trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit, die in Berlin herrscht. So werden in den Kliniken durchschnittlich fünf Ueberstunden jeden Tag von den beschäftigten Unterbeamten und Angestellten gemacht; auch wird über das Trinkgeld ungewissen, das hier herrscht, geklagt. Es ist darum dringend notwendig, daß sich die Öffentlichkeit einmal mit diesen Zuständen beschäftigt, da sie zeigen, wie hier gesetzliche Vorschriften sabotiert werden und durch das Ueberstundenwesen vielen Arbeitslosen die Arbeitsmöglichkeit genommen wird.

Achtung Buchbinder! Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Geschäftsbuchbranche kommen am Freitag, 4 1/2 Uhr im Lokal von Baum, Stallschreiberstr. 47 zu einer wichtigen Aussprache zusammen. Alle Betriebe müssen vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Die Ziegeleiarbeiter in Hildesheim haben nach zehntägigem Streik die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, da der Arbeitgeberverband es ablehnte, während des Streiks zu verhandeln.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Berlin, Fraktion SPD. Heute, 6 1/2 Uhr bei Wille, Sebastianstr. 39 (großer Saal), Versammlung aller Funktionäre der Fraktion. Der Aktionsausschuß.

Transportarbeiter-Verband. Gruppensammlungen für die Handhelfer, Arbeiterinnen am Freitag bei Wille, Poststr. 29, und zwar für die Betriebe der Schuhfabrikation und des Schuhgroßhandels, der Feinlebensmittel-, des Lebensmittelhandels und der -industrie um 5 Uhr, für die Betriebe des Bodenlebenshandels um 7 Uhr; für die Branche des Glas- und Keramik, bei Senf, Reichenstr. 13, um 8 1/2 Uhr.

Peranto, für den bezahlten Teil: Dr. Bremer, Welfenstr. 10; Dr. Krüger, 23. Wiede, Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag u. Verlagsanstalt, Post-Straße 4, G. m. b. H., Berlin. Pindlerstr. 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Sonnabend“.

**Färbol** das Auffärbemittel für alle farbigen Schuhe

ist in „Friedensqualität 1921“ wieder in allen Drogerien, Lederhandlungen u. Schuhgeschäften zu haben.

Gen.-Vertr. Willy Ney, N 58, Gaudystraße 20

# Saison-Ausverkauf

### Wirkwaren

Trikot-Badeanzüge für Damen, Mittelgröße 29.25

Herren-Hemden Baumwolla, gelblich 39.-

Kinder-Sweater Größe 35-45 16.75 50-55 22.75

Sternwolle, vorzügliche Serickwolle, 50 Gramma 5.90

### Strümpfe

Damen-Strümpfe Musselin, schwarz 11.75

Seidankfar, fein, farbig 19.75

Kunstseide mit besonderer guter Verstärkung 29.75

Kinder - Söckchen weiße Baumwolle 1-9 2.90

### Schuhwaren

Damen-Halbschuh aus Roß-Chevreau 125.-

Herren-Stiefel aus Roß-Chevreau od. Boxcall 175.-

Damen-Lackstiefel mit Stoff- oder Leder-Einsatz 195.-

Kinder-Stiefel schwarz Boxcall 27-30 31-35 85.- 95.-

### Kleiderstoffe

Reinwoll. Kleiderstoff dunkel malieret 110 cm Meter 19.50

Reinw. Blusen-Foulé in aparten Farben . Meter 29.-

Reinwoll. Lodenstoff glatt u. gestreift 130 cm m 39.-

Dirndl-Stoff bedruckt Meter 11.50

### Weißwaren

Seid. Gitterschleier 2.70

Schalkragen mod. Form 6.40

Matrosengarnitur für Kinder 3.90

Tastband Reinside 11 cm breit . Meter 9.75

Chinband 11 cm breit Meter 17.75

### Taschentücher

Damen-u. Herrentüch. leicht fehlerhaft 1.90

Damentücher Batist mit Hohlsaum u. bestickt, Ecken 2.95

Herrentücher Linon 3.75

Herrentücher Reinslein 6.90

Mit eingestickten Buchstaben für Damen mit Me-Batist daillon 4.75

Linon für Herren 4.75

### Damen - Kleidung

Bluse aus besticktem Batist 13.50

Bluse aus reinwollenen Stoff 69.-

Kleid aus bedrucktem Wachtstoff 69.-

Kleid aus reinwoll. Stoff 175.-

Damen-Hüte Serie I 19.50 Serie II 25.- Serie III 48.- Serie IV 75.-

### Deutsche Teppiche / Vorleger / Läuferstoffe Perser-Teppiche und Brücken zu bedeutend herabgesetzt. Preisen

### Hauswäsche

Tischtücher Reinslein Hausmacher 130 x 130 54.75 130 x 160 69.50

Mundtücher dazu passend 60 x 60 cm 13.75

Militärhandtücher Reinslein, 48 x 100 cm 12.75

Küchentücher weiß, Reinslein, 56 x 56 cm 9.75

Rolltücher Jacquard m. Inschrift 82 x 200 44.75

### Handarbeiten

Bezeichnet auf weiß. Halbklein, Loch- und Ausschnitt-Arbeit

Vierecke ca. 33 x 33 cm 2.45

Kissen 40 x 60 cm 9.75

Mitteldecke 63 x 63 cm 10.75

Tischdecke 130 x 170 cm 59.-

Weiße Spitzendecke reich garniert, 60 x 60 cm 19.75

### Steppdecken

Satindecke doppel-seitig 150 x 200 cm 225.-

Daunendecken bunt mit weißer Gänsedaunenfüllung 160 x 210 cm 740.-

Reisekissen einfarb. od. bunt mit Daunenfüllung 23.50

### Tischdecken

Kochellinen-Decke reich bestickt 150 x 180 cm 98.-

Gobelindecke persisch gemustert 150 x 180 cm 125.-

Diwandecke persisch gemustert 150 x 300 cm 198.-

Gobelinstoff Verdure 130 cm . . . . . Meter 85.-

### Lederwaren

Aktenmappe Rindleder mit 2 Schlössern 57.-

Kupeeckoffer krokodillartig gepreßte Hartplatten mit Schutzdecken 50 cm 49.-

### Regenschirme

Regenschirm m. Futteral für Damen u. Herren 47.50

Halbselde m. seid. Futteral für Damen u. Herren 63.50

**W. Fraecl**

GEGR. 1815 \* BERLIN C \* KÖNIGSTR. \* SPANDAUERSTR.